

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Verleger: Karl Dietrich 4196/4198



Stellen für Verlag und Redaktion:
Berlin O 25 61, Tele-Nachricht. Nr. 6
Druckverlag: Copeland

Die Verfassung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Zustimmung erlaubt. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist.

Berlin, den 9. Mai 1932.

Inf. in
See. Beschlüssen
Amsterdam

Reichstag ohne Radau.

SPD. Geschehen Zeichen und Wunder? Beginnt im Abgrund der Krise des Parlamentarismus seine Wiedergeburt? Gibt es noch Anstand bei den extremen Parteien? War es nur ein Tag zufälliger Disziplin, der morgen schon wieder in Radau versinkt, oder ist es das Wiedererwachen geistiger Kämpfe im Parlament? Wird der Reichstag wirklich noch einmal eine Stätte politischer Debatten werden? Die erste Sitzung dieser kurzen Reichstagsession wirft solche Fragen auf.

Die Nationalsozialisten waren da. Die Deutschnationalen waren da. Die Kommunisten auch, und dieser Dreibund politischen Krawalls hörte den Reichsfinanzminister, hörte sogar den Fraktionsredner der Sozialdemokraten so gut wie ohne Zwischenrufe an. Als Breitscheid seine scharf gegen rechts, seine aggressiv gegen den Talmi-Halbgott Hitler gerichtete Rede beendet hatte: da eilte kein Nationalsozialist auf die Tribüne, um den Novemberverbrecher vom Allerheiligsten des Dritten Reichs abzuwehren. Keine Wortmeldung lag vor. Erst die Aufmunterung des Präsidenten brachte einen Kommunisten zum Reden. Welche Weisungen mögen die Nationalsozialisten aus München erhalten haben? Die nächsten Tage müssen doch wohl etwas Licht auf die Ursachen dieser Anwandlungen der Nationalsozialisten zur parlamentarischen Gesittung und zur Enthaltensamkeit von demagogischen Schimpforgien werfen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich begründete die Vorlage des Schuldentilgungsgesetzes. Es war der übliche nüchterne Vortrag des verantwortlichen Finanzmannes. Er versuchte der Finanzlage des Reichs einige tröstliche Zahlen abzugewinnen. Die schwebende Schuld ist von 1938 Millionen am 31. März 1930 auf 1591 Millionen am 31. März 1932 zurückgegangen. 293 Millionen dieses Rückgangs erklären sich allerdings durch die Umwandlung von schwebender in fundierte Schuld. Die fundierte Schuld betrug Ende des vorigen Jahres 10,2 Milliarden. Sie ist um 300 Millionen zurückgegangen. Der Reichsfinanzminister wies den Vorwurf schlechter Verwaltung in der Republik zurück. Der allergrösste Teil der Schulden sei durch Kriegsfolgen entstanden. Nur 1,5 Milliarden der fundierten und 1,7 Milliarden der unfundierten Schuld hätten andere Ursachen. Diese Summen seien nicht überwältigend. Die Bankenkrise hätte durch Eingreifen des Reichs überwunden werden müssen. Sie habe dem Reich nicht weniger als 200 Millionen Mark Steuerausfall gekostet. Wenn das Reich nicht die Banken gestützt hätte, würde ein Zusammenbruch auch der Reichsfinanzen eingetreten sein. Der Reichsfinanzminister begründete schliesslich die Notwendigkeit einer Prämienanleihe zum Ausbau des Arbeitsdienstes; aus laufenden Mitteln sei nichts aufzubringen. Das Haus nahm die Rede schweigend auf.

Dann nahm Dr. Breitscheid das Wort. Zur allgemeinen Ueberraschung blieben die Nationalsozialisten. Breitscheid begann mit den Forderungen: Sanierung der Arbeitslosen-Unterstützung, einschliesslich der Aufwendungen in den Gemeinden; kein weiterer Abbau der Unterstützungsdauer; keine Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung, denn das würde ein entscheidender Schlag gegen die Sozialpolitik sein. Es müssten neue Einnahmen erschlossen

werden. Eine etwaige Sonderabgabe dürfe nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern müsse auch die Selbständigen umfassen.

Nun griff Breitscheid in strenger Sachlichkeit und in glänzender Form die Nationalsozialisten an. Sie nennen uns Novemberverschreiber. Jawohl: die Sozialdemokratie hat der Jugend das Wahlrecht gegeben, den Landarbeitern das Koalitionsrecht, den Arbeitslosen Unterstützung. Sie hat Deutschland vor dem Chaos gerettet. Wenn das Verbrechen sind, bekennen wir uns dazu. Unter atemloser Aufmerksamkeit des ganzen Hauses hielt Breitscheid den Nationalsozialisten ein Kolleg über Parlamentarismus und Demokratie. Die Tatsache, die stärkste Partei im Lande zu sein, gibt noch kein Recht auf Regierung. Wie oft war die Sozialdemokratie als stärkste Partei ausserhalb der Regierungsgemeinschaft.

Zur vollen Höhe einer grossen Parlamentsrede hob sich Breitscheid, als er den Nationalsozialisten die tollen Widersprüche auf allen Gebieten ihrer Betätigung aufwies. Sie sind massenfeindlich, aber sie umschmeicheln dieselben Massen, um sich durch demokratische Mittel in die Macht zu schwingen, zur Vernichtung der Demokratie. Sie wissen nicht, ob das Dritte Reich Monarchie sein soll oder Republik. Sie machen den Antisemitismus zur Grundlage ihrer Agitation und Hitler erklärt gegenüber ausländischen Journalisten, er sei nicht dafür, dass die Juden weniger Rechte haben sollen als andere Staatsbürger. Aussenpolitisch, innerpolitisch, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch kulturpolitisch: lauter Widersprüche. Herr Hitler ist ein ganz anderer, wenn er zum Ausland redet, als wenn er in Deutschland vor Volksversammlungen steht. Dreimal haben die Nationalsozialisten im Reichstag sich vor der Abstimmung gegen den Youngvertrag gedrückt, den sie angeblich zerreißen wollen. Hier versuchten die Nationalsozialisten einen Augenblick aufzubegehren, aber Tatsachen sind schliesslich selbst von diesen politischen Verwandlungskünstlern nicht hinwegzuzaubern.

Sehr ernst ermahnte Breitscheid die Reichsregierung, nicht etwa zu glauben, dass die kommunistische Gottlosenbewegung durch Notverordnungen zu erledigen sei. Die Sozialdemokratie beharre auf ihren Standpunkt, dass die Religion Privatangelegenheit jedes Sozialdemokraten sei. Sie lehne die Formen der kommunistischen Gottlosenbewegung durchaus ab, aber sie verkenne nicht, dass diese kommunistische Aktion ihren Nährboden in der Verzweiflung habe, die vielen Menschen den Glauben an alles nehme. Breitscheid schloss zum Reichskanzler gewandt: Die Arbeiter haben den Staat verteidigt. Nun sorgt ihr für Arbeit. Der Staat darf die Arbeiter nicht vergessen, der Kapitalismus ist mit seiner Weisheit am Ende. Nicht zurück zu einem mittelalterlichen Ständestaat ist die Losung, sondern: Vorwärts zum Sozialismus!

Endlich einmal hat der Reichstag einen würdigen Tag erlebt, und an solchen Tage wirkt ein Mann wie Breitscheid als Träger grosser geistiger Werte nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der ganzen Nation. Und die Nationalsozialisten? Sie manövrierten ausweichend. Dr. Frick wollte durchaus, dass nach dem Kommunisten Schneller die Sitzung abgebrochen werde. Das Haus tat ihm den Gefallen nicht. So musste denn der sozusagen Finanzsachverständige der Fraktion Herr Reinhardt an das Rednerpult. Wunder über Wunder! Er hielt eine von Sachlichkeit geradezu strotzende Rede, womit nicht gesagt sein will, dass sein Manuskript dasselbe Mass von Sachkunde gehabt hätte. Er predigte auf den Reichsfinanzminister ein. Kaum ein Zuruf aus dem Hause. Keinerlei Beifallskundgebungen aus seiner Fraktion. Betonteste Vornehmheit im Hause Hitler. Als am Schlusse die Drohung kam, dass die Nationalsozialisten die verfassungsbrüchige Regierung Brüning und mit ihr wohl Herr von Hindenburg auf Grund des Art. 59 der Reichsverfassung vor den Staatsgerichtshof stellen wollen, dröhnte zwar der Beifallssturm aus dem rechten Wetterwinkel des Hauses, aber aufregend war der Augenblick für niemanden.

Die grosse Sensation blieb: Reichstag ohne Radau.

SPD. Darmstadt, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Hessische Landtag ist am Montag-Nachmittag vom Staatsgerichtshof für aufgelöst erklärt worden. Was den mehrfachen Auflösungsanträgen der Nazis und Kommunisten nicht gelungen war, wurde erreicht durch einen Einspruch der hessischen Wirtschaftspartei, die sich wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages durch den Wahlprüfungsausschuss benachteiligt fühlte.

Ueber diesen Einspruch wurde am Montag vor dem Staatsgerichtshof verhandelt. Die Nichtzulassung des wirtschaftsparteilichen Vorschlags war erfolgt, weil 54 von 500 erforderlichen Unterschriften ungültig waren. Der Staatsgerichtshof, der sich aus fünf Berufsrichtern und acht Parlamentariern zusammensetzt, von letzteren fehlte einer, war der Ansicht, dass die Wirtschaftspartei, die im Jahre 1930 bei den Reichstagswahlen in Hessen 17 000 Stimmen aufgebracht hatte, zwar nicht, wie die seither schon im Landtag vertretenen Parteien, nur 20 Unterschriften zur Glaubhaftmachung aufzubringen habe, dass aber die restlichen 446 gültigen Unterschriften nicht einfach vom Wahlprüfungsausschuss hätten ignoriert werden dürfen, da sie für die Glaubhaftmachung genügend zeugten. Durch die Ablehnung dieses Wahlvorschlages seien wesentliche Vorschriften des Wahlverfahrens vom Wahlprüfungsausschuss unberücksichtigt geblieben.

Mit diesem Beschluss des Staatsgerichtshofes gilt der Landtag als aufgelöst. Nach der Verfassung müssen innerhalb zwei Monaten, das wäre spätestens am 3. Juli, Neuwahlen stattfinden.

SPD. Die Nazi-Parteikorrespondenz verbreitet einen Artikel "England empör" in dem es u. a. wörtlich heisst :

"Trotz des ungeheuren Kraftaufwandes zur Sanierung seiner inneren wirtschaftlichen Existenz, hat sich England allen französischen Anbiederungen gegenüber stark gezeigt, hat in Abrüstungs- und Tributfragen oft sogar deutsche Interessen besser und präziser vertreten, als gewisse deutsche Bevollmächtigte. Angesichts der gerade in diesen Fragen gleichlaufenden englischen und deutschen Interessen ist es begreiflich, wenn sich jetzt in der englischen Öffentlichkeit immer stärker der Ruf nach einem Systemwechsel in Deutschland bemerkbar macht."

So viel Worte soviel Lügen. Das Gegenteil dessen, was hier behauptet wird, ist richtig. Schadet nichts, die Hauptsache, dass die Regierung Brüning wieder einmal indirekt des Landesverrates bezichtigt und den Lesern vorgeschwindelt wird, England kenne keinen sehnlicheren Wunsch als im Bunde mit Hitler-Rosenberg und Goebbels siegreich Frankreich zu schlagen. Dass der Aussenpolitiker des Dritten Reiches, Herr Rosenberg, als ihn sein Herr und Meister nach London schickte, von keinem einzigen englischen Politiker empfangen wurde und überall vor verschlossenen Türen stand, das wird allerdings den dummen Nazilesern im Lande wohlweislich verschwiegen.

SPD. Essen, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

In einer Kundgebung der westdeutschen Arbeiterbeiräte der Zentrumsparlei in Essen sprach der Abgeordnete Joos über die Reichspolitik im Kampf um Deutschlands Zukunft.

Halte man sich - so führte Joos aus - die heutigen Ziele der Reichspolitik vor Augen, so erschienen die letzten Länderwahlen, insbesondere die Wahlen zum Preussischen Landtag nur als eine Episode. Die Verschiebungen der parteipolitischen und parlamentarischen Kräfteverhältnisse seien beachtlich, für den Gang der Politik aber nicht entscheidend. Sie dürften die Reichsregierung nicht von ihrem Wege drängen, und es sei Vorsorge zu treffen, dass die in zäher und harter Arbeit vorbereiteten und jetzt heranreifenden Erfolge

nicht im letzten Augenblick zerstört würden. Wenn es heute politisch aktuell
scheine, Rätsel zu raten, etwa derart: "Wohin geht das Zentrum"? so sei zu
antworten: "Das Zentrum wird da sein, wo sachliche, nationale Volkspolitik
gemacht wird." Es gebe in diesen Tagen Notwendigeres, als Koalitionstüfteln
Der Reichsregierung Brüning sei es zugefallen, den Weg um die Entlastung von
Reparationen zu gehen. Brüning habe dabei den Weg des anständigen Menschen,
des ehrenwerten Kaufmanns und Politikers gewählt. Deutschland wäre weiter, und
gewisse Parteien nicht die innerpolitische Machtergreifung höher werteten,
als die grosse nationale und weltpolitische Befreiungstat. Man verdächtige
das Zentrum als national unzuverlässig und rühme sich gleichzeitig der Separat
verhandlungen, die man angeblich als kommende Macht mit auswärtigen Unter-
händlern zu führen in der Lage sei. Was seien das für Verhandlungen, was habe
man dabei geboten, was habe man bereits preisgegeben? Rühme man sich solcher
Verhandlungen in vertrauten Kreisen, so habe das Deutsche Volk ein Interesse
daran, zu wissen, was da vorgehe. Wenn der Reichskanzler in der Lage sein
sollte, den Schleier über solche Dinge zu lüften, so müsste er es unverzüglich
tun und dann müssten allenfalls die Dinge mit dem richtigen Namen genannt wer-
den. Bei den Nationalsozialisten würden Stimmen laut, auch jetzt noch die Ver-
antwortung zu scheuen. Wenn sich eine solche Haltung durchsetzen sollte und
die verantwortliche Reichsführung den letzten Teil ihres Weges zum Ziele al-
lein gehen müsse, dann werde sie ihn eben gehen. Dann werde sie diesen letzten
Teil ihres Weges auch gegen alle Quertreiber sichern müssen und keinerlei
Möglichkeiten belassen, um die Auflösung von Parlamenten und Neuwahlen zu
erzwingen.

SPD. Sie leben wieder, "die Weisen von Zion". Aus ihren Protokollen zi-
tiert am 7. Mai das Stuttgarter Naziblatt zur Bekräftigung seines Hochschul-
artikels folgenden Satz:

"Wir werden jede Lehrefreiheit abschaffen. Wir werden künftig das Auf-
heben jeder Meinung zu verhindern wissen und allein die öffentliche Mei-
nung beherrschen."

Dieser Stilblüte deutscher Wissenschaft folgt dann der Zusatz: "Die
gleichen Gedankengänge verfolgt übrigens die "deutsche" Sozialdemokratie di-
rekt, wenn sie die Aufhebung und vollkommene Beseitigung der Lehr- und Lern-
freiheit fordert. Sie bekundet damit offensichtlich, wer ihre geistigen Füh-
rer sind und wessen Geschäfte sie besorgt."

Solange es eine Sozialdemokratie gibt ist mit ihr die Forderung nach
Lehr- und Lernmittelfreiheit identisch. Sie ist eine der ureigensten Selbstver-
ständlichkeiten des sozialdemokratischen Programms. Immer wieder haben wir die
sen Satz verfochten, haben wir von dem Bürgertum die Lehr- und Lernmittelfrei-
heit verlangt und wo und soweit sie besteht, ist dies von der Sozialdemokra-
tie seit 1918 durchgesetzt worden. Das nationalsozialistische Führergesindel
kennt diese Tatsache genau. Schadet nichts - das Gegenteil wird von dieser
Lügenpest behauptet!!

SPD. Danzig, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Der völlig unter Nazidruck stehende Senat der freien Stadt Danzig hat am
Montag das Organ der Sozialdemokratischen Partei, die "Danziger Volksstimme
für die Dauer von nicht weniger als drei Monaten mit sofortiger Wirkung
verboten. Veranlassung dazu erblickt der Senat in zwei Artikeln, die aus
der Besorgnis um die Existenz des freien Staates Danzig heraus das Einschrei-
ten der Völkerbundsinstanzen gegen das Weiterbestehen der SA verlangten.
Wie weit die Zustände in Danzig gediehen sind, zeigt eine Auslassung

des hiesigen Zentrumsblattes, also des Organs der grössten Regierungspartei, das in bezug auf die Nationalsozialisten in Danzig feststellt, dass "alle möglichen zweifelhaften Subjekte mit Genehmigung der Behörden mit Schiessen herumlaufen dürfen". Klarer können die unhaltbaren Verhältnisse in Danzig nicht gekennzeichnet werden. Es kann nach Lage der Dinge gar kein Zweifel darüber bestehen, dass das Verbot der Absicht entspringt, die Aufdeckung der unglaublichen Entwicklung, die die Dinge unter dem jetzigen Rechtskurs im Freistaat genommen haben, in der "Danziger Volksstimme" und damit jede internationale Erörterung darüber, vor allem im Hinblick auf die bestehenden Beratungen der Danziger Frage im Völkerbundsrat, zu verhindern.

SPD. Das Berliner Nazi-Organ setzt eine neue Legende über die nationalsozialistische Stadtverwaltung in Coburg in die Welt, und benutzt diese Legende sogleich zu einem Angriff auf den Reichskanzler Brüning. Grossmäulig erzählt das Dreck-Blatt:

"Ueber den bei der Formulierung der Sonntags-Rede des Reichskanzlers vor der Presse zutage getretenen guten Geschmack sowie den politischen Takt und Instinkt, wollen wir mit Herrn Brüning nicht weiter rechten, denn das ist zwecklos. Wir können nur abermals beweiskräftig darauf hinweisen, welcher grosser Segen es sein würde, wenn endlich in Deutschland die Gesamtpolitik nationalsozialistischen Händen anvertraut werden würde.

Wie soeben bekannt wird, ist es in Coburg, wo bekanntlich die Nationalsozialisten seit Jahren die Kommunalpolitik ausschlaggebend in Händen haben, nicht nur gelungen, einen vollkommen ordnungsgemässen und ausgeglichenen Etat vorzulegen, sondern darüber hinaus konnte auch, als Frucht der sparsamen und zweckentsprechenden nationalsozialistischen Verwaltung, mit sofortiger Wirkung die Bürgersteuer vollständig in Wegfall kommen. Die unsocialste Steuer wird also künftig im nationalsozialistischen Coburg nicht mehr erhoben!

Es ist hier also wieder einmal eine Tat nationalsozialistischen Aufbauwillens und Könnens geleistet worden, der Herr Brüning mit seinem System Gleichwertiges im Reich bis zur Stunde noch nicht hat zur Seite zu setzen vermögen."

Die Coburger Nazis behaupten also, sie hätten den Stein der Weisen gefunden! Wahrheit ist, dass sie unter dem Druck der Regierung von Oberfranken nun die Wege beschreiten, die sie bisher nicht nur abgelehnt, sondern geradezu als "Steuerbolschewismus" bezeichnet haben, der Handwerk und Geschäftswelt ruiniere.

Unter den Einnahmen des Coburger Etats spielt jetzt eine wesentliche Rolle die Einhebung einer 400prozentigen Gemeindeumlage, die vor allem von den Gewerbetreibenden zu tragen ist. Es ist noch nicht solange her, dass die Coburger Nazis donnernde Aufrufe gegen den gleichen Vorschlag veröffentlichten und damit den Beifall der Handels- und Geschäftswelt fanden - heute müssen sie selber machen, was sie gestern demagogisch bekämpft haben! Das nennt sich dann: "nationalsozialistischer Aufbauwille und Können". Die gutgläubigen Wähler der Nazis aus dem Handwerk und der Geschäftswelt werden es jetzt anders nennen! Die Grossmäuligkeit der Nazis soll also nur verdecken, dass sie dort, wo sie verwalten müssen, sie auf die ältesten Vorschläge zurückgreifen, die sie bisher bekämpft haben!

Sie haben im übrigen die Gemeindesteuern bis zum letzten ausgeschöpft, soweit es das bayerische Kommunalabgabengesetz überhaupt zulässt - deshalb reden sie auch nicht mehr von Steuerbolschewismus, sondern von Aufbauwillen!

Sie haben ferner die städtischen Betriebe und die Sparkasse um mehr als 100 000 Mark mehr belastet. Sie haben die Strassenreinigungsabgabe und die Feuerschutzabgabe zu reinen Finanzabgaben gemacht - worüber ihre Wähler aus Handwerk-, Gewerbe- und Hausbesitzerkreisen ebenfalls sehr erfreut sein

werden.

Dann aber haben sie vor allem reichlich Gebrauch gemacht von der Notverordnung über den Lohnabbau! Bei einem Gesamtetat von rund 3 Millionen Mark haben sie 250 000 Mark an Gehältern gekürzt, bei der Bauverwaltung sollen 52 000 Mark an Arbeiterlöhnen eingespart werden, 47 000 Mark sollen an Löhnen für Wohlfahrtserwerbslose gestrichen werden!

Aber damit ist der Etat noch nicht ausgeglichen! Die Nazis spekulieren auf einen Zuschuss für Coburg aus dem staatlichen Ausgleichsstock! Die Regierung von Oberfranken aber, die bisher kommisnarisch Coburg gegen die Nazis in Ordnung gebracht hat, hat ausdrücklich erklärt, dass, wenn die Stadtverwaltung einen Zuschuss haben wolle, sie selbst die Steuern ausschöpfen müsse!

So sieht also der neue Etat von Coburg in Wahrheit aus! Das soll der Befähigungsnachweis für eine nationalsozialistische Reichsregierung sein!

SPD. Braunschweig, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Einen heimtückischen Ueberfall auf die Blankenburger Arbeiterjugend verübten Nazistrolche in Birnecke.

Im dortigen Jugendheim waren Arbeiterjungen und -Mädel aus Blankenburg mit Gesinnungsfreunden aus Blankenburg zusammen, als eine Horde Nazis anrückte und das Heim belagerte. Ein Jugendfreund, der telefonisch Polizei zur Hilfe rufen wollte, wurde niedergeschlagen. Beim Verlassen des Heims fielen die Rowdies über die Wehrlosen mit Steinen, Flaschen, Latten und Schlagzeugen her, Nicht nur diemännlichen Jugendlichen, auch die weiblichen wurden derartig zuge richtet, dass verschiedene von ihnen bewusstlos zusammenbrachen. Es gab eine Reihe mehr oder weniger Schwerverletzter. Die meistenteils erkannten Rohlinge sind angezeigt.

Was für ein Geist in den Birnecker Nazikreisen hehrrscht, geht daraus hervor, dass der dortige Naziführer seinen Vater mit einem Messer in geradezu bestialischer Weise zugerichtet hat.

SPD. Paris, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Der frühere Ministerpräsident Painlevé kandidiert ebenfalls zur Präsidentenwahl. Painlevé hat sich dazu nach einer Unterredung mit dem früheren Ministerpräsidenten Herriot bereit erklärt. Painlevé gab dann folgende Erklärung ab:

"Die Wahl des Staatspräsidenten geht diesmal unter anormalen Umständen vor sich. Die Kammer, die an dieser Wahl teilnehmen wird, ist eine Kammer, die in drei Wochen durch eine andere, politisch sehr verschiedene Kammer ersetzt werden wird. In Zusammenarbeit mit dieser Kammer wird der neue Präsident sein Amt ausüben müssen. Eine grosse Zahl meiner Freunde, die verschiedenen Fraktionen des Senats und der Kammer angehören, haben geglaubt, dass meine Persönlichkeit imstande wäre, diese aussergewöhnliche Situation zu meistern. Sie haben meine Widerstände besiegt, indem sie geltend machten, dass die Erinnerung an meine Rolle in der internationalen Politik ebenso wie meine Treue zu den republikanischen Idealen und mein stets betonter Versöhnungswillen die Aufmerksamkeit einer grossen Zahl der Wähler des Kongresses auf mich lenken würden."

Painlevé hat in dieser Erklärung deutlich die Ansicht der Linksparteien zum Ausdruck gebracht, dass die politische Stellung des neuen Staatspräsidenten mit dem bei den Kammerwahlen zum Ausdruck gebrachten Volkswillen in Einklang stehen müsse, selbst wenn die Wahl noch von der alten Kammer vorgenommen wird. Man bemüht sich daher in Linkskreisen, den Senatspräsidenten Lebrun zum Verzicht auf seine Kandidatur zu bewegen, um an dem noch nicht geschlossener

Grabe Doumers einen politischen Streit zu vermeiden. Diese Bemühungen dürfte aber kaum von Erfolg begleitet sein, denn im Senat findet die Kandidatur Lebruns selbst bei den Linksparteien warme Fürsprache. Von einem linksstehenden Senator wurde am Montag-Nachmittag die Äusserung fallen gelassen, dass man im Senat die Kandidatur Painlevés nicht ernst nehme. Unter diesen Umständen muss man sich auf einen harten Kampf zwischen Lebrun und Painlevé gefasst machen, der wahrscheinlich erst im zweiten Wahlgang mit nur wenig Stimmenmehrheit entscheiden wird.

Die Fraktion der republikanischen Union, der Lebrun angehört, hat sich am Montag für die Kandidatur des Senatspräsidenten ausgesprochen und den Wunsch geäußert, dass im Kongress eine Einigkeit über diese Kandidatur zustandekommt. In gleichem Sinne hat sich die Mittelgruppe der republikanischen Linken entschieden. Die demokratische Linke, d.h. die radikale Fraktion, hat sich angesichts der beiden Kandidaten Lebrun und Painlevé für keinen Kandidaten entschieden, sondern ihren Vorsitzenden beauftragt, Lebrun und Painlevé zu bitten, sich über eine Einheitskandidatur zu einigen. Die radikale Kammerfraktion wird sich am Dienstag in Versailles mit der Kandidatenfrage beschäftigen. Die sozialistische Fraktion versammelt sich zum gleichen Zweck um ein Uhr nachmittags.

SPD. Stuttgart, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Die vier Abgeordnete zählende demokratische Fraktion des Württembergischen Landtags verwahrt sich in einer am Montag veröffentlichten Erklärung gegen die Darstellung, die insbesondere in den Berliner demokratischen Blättern über ihr Verhalten bei den von den Nationalsozialisten an sie herangetragenen Verhandlungen über die Regierungsbildung erschienen sind. Sie bezeichnen die dort erfolgten Äusserungen als "törichte Redensarten" und "hysterisches Getöse", mit denen die schwäbische Demokratie "organisatorisch wie gesinnungsmässig nicht die allergeringste Verbindung hat". Den Demokraten sei es um nichts anderes zu tun gewesen, als die stärkste Partei des Landtags, die Nationalsozialisten, nicht von der ihr durch den Wahlausfall zugefallenen Verantwortung für das Zustandekommen einer arbeitsfähigen Regierung zu entlasten. Für die hierfür erforderlichen Verhandlungen hätte den Nationalsozialisten in weitestem Sinne des Wortes Fair play eingeräumt werden müssen, da es ein schwerer politischer Fehler wäre, ihnen ihre Wirkungsmöglichkeiten von vornherein abzuschneiden. Falls ihnen eine Koalition gelinge, so wäre ihr gegenüber auch nicht "blindwütige Opposition", sondern eine "abwartende Prüfung ihrer Leistungen" am Platze. An diesem loyalen Standpunkt beabsichtigten die Württembergischen Demokraten auch weiterhin festzuhalten.

Legalität und "Fair Play" gegenüber einer Gesellschaft, die nichts anderes erstrebt als dem Häuflein Demokraten in Württemberg morgen gewaltsam den Garaus zu machen, nimmt sich wunderbar aus. Immerhin sind auch die Demokraten des Württembergischen Landtags inzwischen insofern kuriert worden, als sie im Verlauf der Verhandlungen mit den Nazis erfahren haben, mit welcher Sorte von Partnern sie zu tun haben. Gemütsvoll wie sie sind, stellen sie nämlich in ihrer Abwehrerklärung fest, es sei "ganz eigenartig", dass die Nationalsozialisten gar kein Interesse für die Ministerien bezeugten, die sich mit Wirtschafts- und Finanzfragen zu beschäftigen haben, obwohl diese Fragen ihre Hauptkritikpunkte in den Wahlkämpfen waren. Diese wollten sie ruhig in den "bewährten" Händen lassen. Sie hätten es lediglich auf die Polizei abgesehen, die doch in Württemberg durchaus in Ordnung sei. Das lasse Schlüsse zu, welche die anderen Verhandlungspartner "hellhörig" machen müssten.

Und dazu haben die Herren Demokraten des Württembergischen Landtags nicht weniger als 14 Tage benötigt. Unser herzliches Beileid.

SPD. München, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Wechsel in der Chefredaktion der "Germania" wird vom "Völkischen Beobachter" mit lautem Jubel begrüsst. Die Hitlerleute sind besonders von dem einführenden Leitartikel des neuen Chefredakteurs Ritter derart eingenommen, dass sie ihn in grosser Aufmachung auf der ersten Seite ihres Blattes auszugsweise wiedergeben. Besonders Gefallen finden sie an dem Bekenntnis zum "Aufbau des christlich-deutschen Volksstaates", worin sie eine grundsätzliche Anehnung an ihr Programm erblicken. Diese Rechtsschwenkung sei eine erfreuliche Wandlung der bisherigen Anschauungen. Es sei zu hoffen, dass sie sich auch in der Zentrumsparthei durchsetze.

SPD. Paris, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Regierung Tardieu hat am Montag beschlossen, dem neuen Staatspräsidenten sofort ihre Demission zu überreichen und ihn zu bitten das Kabinett nicht wieder in sein Amt einzusetzen.

Die alte Kammer, auf die sich Tardieu stützt, bleibt verfassungsmässig noch bis zum 31.Mai in Funktion. Der Präsident wird daher das Demissionsgesuch der Regierung Tardieu zwar annehmen, aber die Regierung bitten, bis nach dem Zusammentritt der neuen Kammer die Geschäfte weiterzuführen. Das schliesst nicht aus, dass schon vor dem 1.Juni offiziöse Besprechungen zwischen dem Staatspräsidenten und den Parteiführern stattfinden, die die Bildung der neuen Regierung beschleunigen.

Die Dinge werden sich, wie ein Mitglied des Exekutivausschusses der radikalen Partei dem Pariser Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" erklärte, aller Wahrscheinlichkeit nach folgendermassen abspielen: Da die Radikalen die stärkste Kammerfraktion geworden sind, wird der Staatspräsident Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragen. Die Radikalen werden dann ein Regierungsprogramm ausarbeiten, das sie allen Links- und Mittelparteien unterbreiten werden. Die Sozialisten, die vom 29.Mai bis zum 2.Juni in Paris ihren Landeskongress abhalten, werden dann darüber zu entscheiden haben, ob sie dieses Programm annehmen können oder nicht. Je nach der Antwort der Sozialisten wird Herriot ein Linkskabinett oder ein Konzentrationskabinett bilden.

SPD. Basel, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Verwaltungsrat der BIZ erneuerte am Montag den Kredit an die Reichsbank im Betrage von 90 Millionen Dollar. Reichsbankpräsident Dr. Luther forderte im Verlauf der Verhandlungen einen für Deutschland günstigeren Zinsfuss: Gegenwärtig beträgt er 6 Prozent. Der Forderung Deutschlands soll in Verhandlungen zwischen der Bank von Frankreich, der Bank von England, der Federal Reserve Bank und der Reichsbank entsprochen werden.

SPD. Paris, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Die endgültige Statistik über das Ergebnis der Wahlen in Frankreich und Algerien mit den Gewinn- und Verlustziffern zeigt folgendes Bild:

	Mandate	Gewinn	Verlust
Sozialisten	129	17	-
Radikale	157	48	-
Sozialrepublikaner	37	5	-
Unabhängige Kommunisten	11	6	-
Unabh.Radikale	62	-	28

	Mandate	Gewinn	Verlust
Linksrepublikaner	72	-	29
Katholische Demokraten	16	-	3
Unabh. Republikaner	28	2	-
Nationalistische Gruppe Marin	76	-	14
Konservative	5	-	3
Kommunisten	12	2	-

Da die Sozialisten noch ein Mandat in der Kolonie Martinique erhalten haben, beträgt ihre Gesamtmandatszahl 130.

SPD. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Reinhardt hat am Montag am Schluss einer langweiligen und inhaltslosen Rede im Reichstag erklärt, die Nationalsozialisten behielten sich vor, nach Art. 59 der Reichsverfassung gegen die Reichsregierung Anklage vor dem Staatsgerichtshof wegen bewusster Verfassungsverletzung zu erheben. Diese Drohung braucht in keiner Weise ernst genommen zu werden. Die dafür notwendige verfassungsändernde Mehrheit des Reichstages ist nicht vorhanden. Im übrigen fehlt aber auch die sachliche Voraussetzung. Dem Vorwurf der Nazis liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Reichsregierung hat die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten statt im Wege der ordentlichen Gesetzgebung durch Notverordnungen ausgesprochen. Dass das zulässig ist, ist nicht nur die Meinung des Reichsjustizministeriums und des Reichsinnenministeriums, sondern auch der massgebenden Staatsrechtslehrer. Ursprünglich war das auch die Meinung der Reichsschuldenverwaltung, einer unabhängigen Behörde, die die von der Regierung durch Notverordnungen ausgesprochenen Kreditermächtigungen ausdrücklich als zulässig anerkannt hat. Erst neuerdings ist sie in dieser Auffassung schwankend geworden durch die Haltung des Vizepräsidenten der Reichsschuldenverwaltung, eines Dr. Kühnemann, der sich bereits früher durch stockreaktionäre Auffassungen unrühmlich hervorgetan hat. Seine Haltung dürfte auch jetzt mehr von politischen als von juristischen Gründen bestimmt sein.

Um diesen Gegensatz zwischen der Auffassung der Reichsregierung und der Reichsschuldenverwaltung gegenstandslos zu machen, hat die Reichsregierung dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigung zugeleitet, der noch vor Pfingsten verabschiedet werden soll. Trotz der von den Nazis angekündigten Obstruktion wird das auch am Mittwoch, spätestens am Donnerstag geschehen. Von der Drohung der Nazis gegen die Reichsregierung wird daher nur übrig bleiben eine Blamage der Nazis, die sich von reaktionären Beamten willig zur Erschwerung der an und für sich grossen finanziellen Schwierigkeiten missbrauchen lassen.

SPD. Genf, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Die 67. Tagung des Völkerbundsrats unter dem Vorsitz von Matos-Guatemala galt hauptsächlich dem Gedenken an den ermordeten französischen Staatspräsidenten Doumer und dem verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas. Der Rat beschloss, seine Beratungen von Dienstag bis zum 18. Mai zu vertagen, worauf die Arbeiten fortgesetzt werden.

In der Sitzung, die sich der Gedenkfeier anschloss, wurden nur formelle Beschlüsse gefasst.

SPD. Paris, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Unter den Trümmern der in Lyon eingestürzten Häuser sind inzwischen die Leiche einer Frau, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte, und die Leiche eines Arztes gefunden worden, der in einem Haus wohnte. Am Nachmittag sind die noch mit Einsturz drohenden Häuser durch Feldgeschütze zusammengeschossen worden. Daraufhin sind die Aufräumarbeiten mit grösstem Nachdruck wiederaufgenommen worden.

SPD. Die Arbeitslosenversicherung ist bedroht, Von drei Seiten hat der Sturm gegen sie eingesetzt: vom Städtetag, vom Reichsfinanzministerium und von den Arbeitgebern aus. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, hat deshalb am Montag an den Reichskanzler folgenden Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Wie uns bekannt geworden ist, beschäftigt sich das Reichskabinett in diesen Tagen u. a. mit der Frage der Neuregelung der Arbeitslosenversorgung. Die Entscheidungen, die hier zur Erörterung stehen, sind für die Gewerkschaften von so ausserordentlicher Bedeutung, dass ich nicht versäumen möchte, in letzter Stunde unseren Standpunkt zu dieser Frage noch einmal darzulegen.

Es besteht kein Streit darüber, dass eine Zusammenlegung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtspflege, soweit ihr die Betreuung der Wohlfahrtserswerbslosen obliegt, erfolgen muss. Dass wir die Schaffung einer solchen Arbeitslosenfürsorge neben der Arbeitslosenversicherung nicht auf dem untersten Niveau, nämlich dem der Wohlfahrtspflege, durchgeführt wissen wollen, ist der Reichsregierung durch unsere wiederholten Kundgebungen bekannt. Eine mindesten gleiche Bedeutung müssen wir aber unserer immer wieder erhobenen Forderung nach Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung beimessen. Es besteht unseres Erachtens auch heute noch kein sachlicher Grund, die Versicherung zugunsten einer allgemeinen Arbeitslosenfürsorge zu beseitigen, vielmehr besteht nach wie vor die Verpflichtung, dem beträchtlichen Beitragsaufkommen, aus dem heute die Versicherung ausschliesslich finanziert wird, auch Rechte gegenüberzustellen, die über den Anspruch eines Fürsorgeempfängers hinausgehen.

Wir würden es darum als ein grosses Unrecht ansehen müssen, wenn etwa zugunsten der im übrigen zweifellos gewaltig überschätzten und übertriebenen Ersparnismöglichkeiten die Reichsregierung auf die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung verzichten wollte.

Ich darf daher die Hoffnung aussprechen, dass die schwerwiegenden Gründe, aus denen heraus wir in der Vergangenheit stets für die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung eingetreten sind, auch bei den jetzigen Beratungen des Reichskabinetts gebührende Beachtung finden.“

SPD. Paris, 9. Mai (Eig. Drahtb.)

Auf Wunsch der Witwe Doumers wird die Leiche des ermordeten Präsidenten nicht im Pantheon, sondern in der Familiengruft in Paris beigesetzt werden. Der Leichenzug wird sich nach der kirchlichen Feier trotzdem zum Patheon begeben, wo die Leiche auf ein Katafalk gestellt wird, vor dem der Ministerpräsident die Trauerrede halten und die Truppen der Pariser Garnison vorbeiziehen werden. Im Anschluss daran wird die Bestattung in der Familiengruft erfolgen.

Am Montag-Nachmittag ist die Leiche Doumers in den Festsaal des Elysées, der zu einer Totenkapelle umgewandelt worden ist, gebracht und zur Besichtigung freigegeben worden.

SPD. Prag, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Die polizeilichen Untersuchungen über den Aufenthalt Gorgulows in Prag haben ergeben, dass der Russe hier von mehreren Frauen ausgehalten wurde und sich darüber hinaus Geld durch ärztliche Kurpfuscherei verschaffte. Unter den russischen Emigranten versuchte er faschistische Ideen zu verbreiten. Ein Freund des Gorgulow, ein gewisser Jakowlew, ist später ebenfalls von Prag nach Paris übergesiedelt und hat dort ein russisches Blatt herausgegeben, in dem er Hitler, die Hakenkreuzler, Mussolini und die Faschisten in begeisterten Artikeln verherrlichte.

SPD. London, 9.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Sieg der Linken in Frankreich ist weit grösser, als es die meisten englischen Propheten erwartet hatten. Insbesondere seit dem Attentat auf den französischen Präsidenten hatte man eine Rückenstärkung für Tardieu erwartet.

Die Zukunft beurteilt man hier dahin, dass eine Regierung Herriot durchaus keinen Umschwung in der französischen Aussenpolitik und keinen völlig neuen Kurs in der Reparations- und Abrüstungsfrage bedeute. Doch sei Frankreich unter Herriot, so schreibt der "Star", ein gewaltiger Fortschritt gegenüber einem Frankreich unter Tardieu, und das Blatt hofft, dass die Regierung der Versuchung widerstehen werde, die alten Kriegssphrasen über die Niederhaltung Deutschlands, Frankreichs Sicherheit und die Heiligkeit der deutschen Reparationsleistungen weiter zu gebrauchen.

Der "Daily Herald" sagt, das Ausmass des Umschwungs dürfe nicht überschätzt werden. Das französische Volk sei der Tardieu'schen Haltung in der Aussenpolitik müde. Aber seit 1924 sei Herriot entschieden nach rechts gerückt. Man dürfe den Wechsel dennoch nicht unterschätzen; denn man müsse nicht nur mit dem neuen Premier, sondern auch mit seinen parlamentarischen Verbündeten rechnen. Die machtvolle Stellung der Sozialisten innerhalb einer Koalition sei ein wichtiger Faktor.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Gelenrtenschreibtisch.

Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Wie beeinflusst das Wetter den Blutdruck? Die Hallenser Universitätsklinik verglich 46 Monate lang den Blutdruck zahlreicher Patienten mit den Angaben der Wetterwarte. Dass Barometerstand, Temperatur und Feuchtigkeit der Luft sowie Windverhältnisse den Blutdruck nach bestimmter Regel ändern, war nicht nachzuweisen. Beim Steigen des Barometers und Kälterwerden der Luft stieg zwar der Blutdruck bei zwei Dritteln der Kranken, die auch bei umgekehrter Wetterlage sinkenden Blutdruck zeigten. Aber das restliche Drittel verhielt sich in allem gerade umgekehrt. Zur Aufstellung einer Gesetzmässigkeit müsste die Übereinstimmung grösser sein. Diese Voraussetzung wurde erfüllt, wenn man die Versuchspersonen bei der Annäherung oder dem Abzug warmer oder kalter Luftmassen, also bei dem beobachtete, was die Wetterforscher "Frontenpassage" nennen. Kündigte der Wetterbericht Polarluft oder kontinentale Ostluft an, so stieg bei den Hallensern fast ausnahmslos der Blutdruck; er sank, wenn an- oder abziehende atlantische oder aus dem fernen Süden kommende Luftmassen gemeldet wurden. Diese Beobachtungen werden vielleicht dazu anregen, die ärztliche Verordnung bei bestimmten Leiden nach der Wettervorhersage zu richten. Bei fallendem Barometer nimmt das elektrische Leitvermögen der Luft zu, bei steigendem ab. Diese und andere mit der Frontenpassage verbundenen elektrischen Vorgänge dürften die genannten Blutdruckänderungen verursachen.

Nach dem Einnehmen gewisser Medikamente treten Gehörsempfindungen, z.B. Ohrensausen, auf. Auch Gesichtsempfindungen können durch ähnliche innere Reize entstehen. Neuerdings wurden im Bereich des Geruchssinnes Vorgänge beobachtet, die an jene Ohren- und Augenerscheinungen erinnern. Werden einige stark duftende Präparate, etwa Kampferverbindungen, in die Blutbahn gespritzt, so wird der dem Präparat eigentümliche Duft deutlich in der Nase wahrgenommen. Gesichert und erklärt wird diese Beobachtung dadurch, dass die Geruchsempfindung nicht sofort, sondern erst nach einiger Zeit eintritt. Die Duftquelle ist nicht etwa die Kampferspritze oder die Einstichstelle. Der Riechstoff wird vielmehr durch das Blut zur Nasenschleimhaut getragen und reizt hier die Endigungen des Riechnerven. Bei Lähmung des Riechnerven oder Unterernährung der Nasenschleimhaut tritt das "innere" Riechvermögen nicht auf.

In der Kirschenzeit wird man wieder die Warnung hören: "Unmittelbar nach dem Obstgenuss kein Wasser trinken!" Dieser in der Erfahrung erfundene Rat wird von der Wissenschaft bestätigt. Man brachte eine bestimmte Menge roher Kirschen in Verhältnisse, die denen eines mit Kirschen und Wasser gefüllten Magens entsprechen. Ein Standglas nahm 1 kg rohe Kirschen zusammen mit körperwarmem Wasser, also einem solchen von 37 Grad, auf. Schon nach kurzer Zeit quollen die Kirschen so auf, dass sie doppelt so viel Raum einnahmen wie in natürlichem Zustand. Die Magenverhältnisse wurden durch Hinzufügung von Pepsin und anderen Säuren vervollständigt. Hierdurch veränderte sich die Beschaffenheit des Fruchtfleisches, doch nicht die Quellung. Anders bei gekochtem Obst. Seine Quellstoffe sind beim Kochen schon wirksam geworden, seine Quellkraft ist erschöpft. Gekochtes Obst, mit kaltem Wasser zusammengebracht, quillt nicht mehr. Frisches Obst und kaltes Wasser aber vertragen sich umso weniger je quellfähiger die Obstart ist. Das Aufquellen treibt die Därme auf, die

ihrerseits gegen das Zwerchfell drängen. So pflanzt ein starker, unter Umständen recht bedrohlicher Druck sich zu Herz und Lungen fort.

+

Das Gebiet der Sinneswahrnehmungen gibt den Gelehrten Gelegenheit, dem jetzt soviel Gefeierten einen nicht zu vertuschenden Irrtum nachzuweisen. Goe-
the sah die Sonne rot auf- und untergehen. Er betrachtete sie und die Flam-
me eines Wachlichtes durch eine weisse Mattglasscheibe und erhielt zu sei-
ner Ueberraschung nicht das erwartete weisse, sondern ein rotes Flammenbild.
Er, der ebenso gern forschte wie dichtete, nannte jene Erscheinung ein uner-
klärliches "Urphänomen". Er erkannte, dass der morgens und abends der Sonne
vorgelagerte Erdendunst ähnlich wie eine Mattscheibe wirkte, doch er irrte,
wenn er die durch Newtons Lichtlehre gebotene Erklärung jener Erscheinungen
ablehnte, weil er Newtons Lehre überhaupt nicht gelten liess. Nach dem eng-
lischen Naturforscher senden die Sonne und die meisten anderen Lichtquellen
Strahlen aus, in denen alle Regenbogenfarben sich mischen. Die Vereinigung
der Farben ergibt das farblose Licht. Betrachten wir es durch eine milchig
trübe Schicht, etwa durch die Milchglasscheibe, so dringen nicht alle Farben
zu unserem Auge, sondern nur die roten Farben. Das Licht erscheint uns also
rot. Dass diese Erklärung zutrifft, bewies kürzlich der Berliner Augenarzt
Dr. Carl Hamburger, indem er ein Licht ohne Rot erzeugte und dieses rotlose
Licht durch eine Mattscheibe strahlen liess. Er übergoss Kochsalz mit Brenn-
spiritus und zündete das Gemisch an. Es brannte mit gelber, nachweislich von
Rot freier Flamme und blieb auch gelb, als es durch eine Mattscheibe betrach-
tet wurde. Wenn das Rot fehlt, kann es auch nicht durch die Mattscheibe kom-
men. Nur weil es ein Teil des farblosen Lichtes und befähigt ist, eine matte
Schicht zu passieren, ruft es das durchaus erklärliche "Urphänomen" hervor.

S. J-y.

+

+

+

Ermordung eines Vierjährigen. In Lambsheim (Pfalz) erschlug die Ehe-
frau eines Schmieds den vierjährigen Sohn des Schneidermeisters Helf. Die
Mörderin hat vermutlich in einem Anfall von geistiger Umnachtung gehandelt.

+

+

+

Opernfunk nach England. Die englischen Rundfunkgesellschaften sind durch
Vermittlung der Reichsrundfunkgesellschaft an mehrere führende deutsche
Opernhäuser mit dem Ersuchen herangetreten, im Laufe dieses Jahres eine Reihe
von deutschen Opernaufführungen auf die englischen Sender übertragen zu dür-
fen. Die Uebertragungen werden wahrscheinlich erfolgen.

+

+

+

Blutiges Ehedrama. In Beuthen O/S hat ein früherer Magistratsangestell-
ter seine geschiedene Frau durch einen Revolverschuss lebensgefährlich ver-
letzt; nach dem Verbrechen verübte der Täter Selbstmord.

+

+

+

Taifun-Katastrophe. Bei einem Taifun in der französischen Kolonie
Anam (Hinterindien) kamen 500 Menschen ums Leben. Die Küstenstadt Phan-Tiet,
wurde vernichtet.

+

+

+

Nachspiel... In Paris stürzte sich ein gewisser Sergius Dimitrieff
aus dem Fenster seiner im sechsten Stock gelegenen Wohnung und erlag nach
kurzer Zeit den erlittenen inneren Verletzungen. Der Selbstmörder, ein rus-
sischer Emigrant, erklärt in einem hinterlassenen Brief, dass er die Tat-
sache nicht überleben könne, dass der Präsident der französischen Republik
von einem Russen ermordet worden sei...

+

+

+

Blitz beim Golf. In Nashville (Tennessee, USA) fuhr der Blitz in eine
Schar von Golfspielern. Drei Personen wurden getötet, drei verletzt.

+

+

+

Endlich Heine-Denkmal? Seit Jahrzehnten kämpfen die liberalen Kreise der Stadt Düsseldorf um die Errichtung eines Heine-Denkmal. Vom früheren Kaiser bis zu den Nationalsozialisten zieht sich eine starre Linie des kleinen Widerstands. Erst im Oktober 1929 nahm der Plan, Heinrich Heine in seiner Vaterstadt ein Denkmal zu setzen, durch einen offiziellen städtischen Beschluss feste Gestalt an. Eine öffentliche Sammlung wurde veranstaltet: 10.000 Mark bewilligten die Stadtverordneten, weitere 20 000 Mark gingen nach und nach aus der ganzen Welt ein. Errichtet werden soll das Denkmal am Rheinufer, im Ehrenhof der neuen Düsseldorfer Museumsbauten; sein Schöpfer wird nach dem jetzt gefällten Entscheid der Jury des Wettbewerbs der Berliner Bildhauer Professor Kolbe sein. Kolbe, der für seinen Entwurf den ausgesetzten Preis von 20 000 Mark erhielt, wählte die allegorische Figur eines auf einem niedrigen Sockel stehenden Jünglings, der den Blick träumend in die Weite richtet.

+ + +
200 000 Mark veruntreut? Unter der Beschuldigung, 200 000 Mark unterschlagen zu haben, wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht II. Berlin der ehrenamtliche Geschäftsführer des Flugverbandshauses, Hauptmann a.D. Listemann, verhaftet.

+ + +
Ein Rasender. In Scherpenseel (Rheinland) erschoss ein siebenundzwanzigjähriger Mann einen Gastwirt und verletzte dessen Ehefrau lebensgefährlich. Vermutlich ist das Motiv der Bluttat darin zu sehen, dass der Gastwirt der Ehe seiner Tochter mit dem jungen Mann nicht zustimmen wollte.

+ + +
Waldows Geständnis. Der jugendliche Berliner Raubmörder Ernst Waldow, der am Montag voriger Woche das Hausbesitzerehepaar Baars auf bestialische Weise ums Leben brachte, hat inzwischen zugegeben, dass er und seine Freunde schon früher eine Reihe weiterer Ueberfälle geplant und vorbereitet hatten. Insbesondere war ein Anschlag auf die Filmschauspielerin Lilian Harvey beabsichtigt, Waldow und seine Komplizen hatten die Villa Lilian Harveys seit etwa drei Wochen genau beobachtet und sich genaue Skizzen angefertigt. Die Burschen, die es in erster Linie auf den Schmuck der Künstlerin abgesehen hatten, schienen gewillt zu sein, im Falle des Widerstands von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.

+ + +
"Triumph" der Männlichkeit. In Amerika verstarb vor kurzem der als Frauenfeind bekannte Rechtsgelahrte Zing. Der Verstorbene hinterliess u.a. testamentarisch 500 000 Dollar für den Bau einer Bibliothek, deren Fassade die gesetzeskräftige Inschrift führen muss "Frauen ist der Eintritt verboten". In der Ehrenhalle der Bibliothek werden die Büsten frauenfeindlicher Schriftsteller aufgestellt werden; die Bücherei selbst wird nur Werke von Männern enthalten; ausliegende Zeitungen und Zeitschriften werden grundsätzlich aller jener Seiten beraubt, die Bilder oder gar Beiträge von Frauen bringen. Eine beträchtliche Summe ist für Autoren ausgesetzt, die in den nächsten drei Jahren die besten frauenfeindlichen Bücher schreiben.

+ + +
Viermal Zwillinge. In einem Dorfe bei Hermeskeil (Hunsrück) wurde eine Frau in den dreissiger Jahren zum vierten Mal von Zwillingen entbunden, starb jedoch während der Geburt. Die Neugeborenen sind wohlauf. Der Vater lebt mit den acht Kindern in dürftigen Verhältnissen.

+ + +
12 000 Morde! Nach der amerikanischen Kriminalstatistik sind im Jahre 1931 in den Vereinigten Staaten 12 000 Menschen durch Mord oder Totschlag ums Leben gekommen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Ein Kämpfer um den Frieden.

Albert Thomas zum Gedächtnis.

SPD. Europa und die Welt haben einen Kämpfer um den Frieden verloren: Albert Thomas. Wahrhaft erschütternd ist der Heimgang dieses Mannes. Sein Leben war das Leben eines unermüdlischen Helfers und Freundes der Bedrückten, der Armen, der um Befreiung aus Not und Elend kämpfenden Massen. Aber allein mit seiner Seele musste er, der so vielen geholfen hat, Abschied nehmen. Unterwegs und in Arbeit wie immer ist er, als er spät nachts in Paris vom Boulevard weg in einem Lokal dem erschöpften Körper noch einmal aufhelfen wollte, zusammengebrochen. Unterwegs hat ihn der Tod geholt.

Der Tod hat ihm vom Weg geholt, wie es sich für einen Wegebahner und Wegesucher gehört. Wenn einer, dann war dieser Albert Thomas ein Wegesucher, ein Pionier des Sozialismus. Er war ein Kämpfer, aber ein Kämpfer mit Können und Geist. Ein Führer der Genietruppen der Arbeiterbewegung, ein Führer der Soldaten, die nicht nur zerstören, sondern auch bauen können. Er war ein Führer für die Führer dieser Genietruppen. Ein Genie für seine Lebensaufgabe: Freiheit der Arbeit, Arbeit durch Frieden und Frieden durch Arbeit!

Wie keiner war er für diese Aufgabe ausgerüstet. Er kannte die Gewerkschaftsbewegung der grossen europäischen Länder vielfach aus eigener Anschauung. Er kannte Russland, England, Deutschland und den Balkan, schon lange bevor er als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes fast die ganze Welt bereiste und überall neue Stützpunkte für die Internationale Arbeitsorganisation schuf. Ueber die deutsche Gewerkschaftsbewegung schrieb er schon in jungen Jahren ein Buch; ebenso stammen aus seiner Feder Broschüren über die Tarifverträge der Buchdrucker, über die Gewerkschaftsorganisation der Maschinenbauer und zahllose Aufsätze wirtschafts- und sozialpolitischer Art. Im Jahre 1908 erschien von ihm ein Band über die Geschichte des Sozialismus - ein Werk, dessen Redaktion ihm übertragen worden war. Vom Jahr 1908 ab betätigte er sich als Professor im College Sévigné. Im Jahre 1910 entwickelte er, nachdem er zum Abgeordneten gewählt war, in einer der ersten Sitzungen der neu gewählten Kammer auf Wunsch von Jaurès das Programm der Sozialistischen Partei, und schon damals beschäftigte er sich als Mitglied des Haushaltsausschusses eifrig mit dem Problem der öffentlichen Arbeiten. Auch die kommunalen Fragen waren ihm nicht fremd und bereits im Jahre 1904, als Thomas in der Schriftleitung der von Jaurès begründeten "Humanité" als Redakteur über Arbeiter- und soziale Fragen schrieb, war er auch als Abgeordneter im Gemeinderat seiner Heimatstadt Champigny tätig, zu deren Bürgermeister er 1912 gewählt wurde.

Als Gewerkschafter und Sozialpolitiker schöpfte Thomas aus dem Vollen. Er wusste aber auch Bescheid in der grossen Politik. Er war nicht nur Sozialreformer, sondern auch Staatsmann. Stets sah er die Sozialpolitik im grossen Zusammenhang mit den Wirtschafts- und Finanzfragen. In weiten Perspektiven kämpfte er um den sozialpolitischen Fortschritt, und daher konnte er in dem so mühseligen, zermürbenden und oft so niederdrückenden Kleinkampf der Konferenzen, Beratungen und Besprechungen nicht ermatten.

Albert Thomas war ein Sozialist mit kühlem Kopf und heissem Herzen. Deshalb stellte er sich schon zu Beginn seiner grossen politischen Laufbahn auf die Seite der reformistischen Gewerkschafter, mit denen er auch die "Revue"

Syndicaliste" begründete. Er war ein geschworener Feind der Phrase, weil er gestalten wollte. Den Frieden der Welt, den Frieden Europas und vor allem den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland wollte er nicht deklamieren, sondern durch praktische politische Arbeit fundamentieren. Diesem Frieden diente er Seite an Seite mit seinem Freund Jaurès. Er diente ihm während des Krieges, als er im Einverständnis mit seiner Partei das Amt des Munitionsministers bekleidete. Auch während des Krieges kämpfte er in der Partei stets für einen dauernden Frieden und für die Schaffung eines Völkerbundes, und als er Ende 1919 zum Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf gewählt wurde, war der Kampf um den Frieden, den Frieden durch Arbeit - getragen von den Arbeitern - erst recht sein grosses Lebensziel.

Mehr als 12 Jahre hat er an der Spitze des Genfer Amtes seine ganze Lebenskraft eingesetzt, um diesem Ziel näher zu kommen. Wer ihn näher kannte, weiss, mit welcher Leidenschaft, mit welchem inneren Feuer dieser Diplomat, der sein Wort wohl zu setzen und zu wägen wusste, für den Frieden in Europa und in der Welt gekämpft hat. Noch die letzte Arbeitskonferenz in Genf, die vor wenigen Tagen zu Ende ging, gab einen packenden Beweis von der Hingabe, mit der sich Albert Thomas dem Kampf um den Frieden in Europa gewidmet hatte. Der Abschluss seiner Rede zur Debatte über seinen Jahresbericht gipfelte in der scharfen Anklage gegen alle, die eine durchgreifende Organisation der Weltwirtschaft aus überwiegend politischen Gründen verhindern und damit auch der Internationalen Arbeitsorganisation immer neue Schwierigkeiten bereiten. Was Europa und der Welt fehlt, erklärte Thomas auf der Konferenz, das ist lediglich der Wille zur internationalen Zusammenarbeit. Dieser Wille fehle, trotzdem man auf der Baseler Konferenz zur Bereinigung der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme auf eine Art neuer Friedenskonferenz gedrängt habe. Es sei nun aber endlich Zeit, zu wissen, woran man ist. Trotz der vielfachen noch ungenügenden menschlichen Intelligenz habe die Internationale Arbeitskonferenz im Zusammenhang mit den anderen verwandten Organisationen die grosse Mission, den allgemeinen Frieden auf der sozialen Gerechtigkeit aufzubauen. Dafür sei aber die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit der Staaten unerlässlich. Die Internationale Arbeitskonferenz - so schloss Thomas seine Rede, die wir heute als sein Vermächtnis betrachten dürfen - müsse mit einem einstimmigen Appell an die Regierungen herantreten, dass endlich sachliche und wirtschaftliche, der sozialen Notwendigkeit entsprechende, Arbeit geleistet werde. Und hierzu gehöre vor allem auch die Inangriffnahme der grossen öffentlichen Arbeiten zur Belebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Albert Thomas ist nicht mehr. Sein Heimgang ist ein schwerer Verlust der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Weltgefahr der Arbeitslosigkeit. Seine Parole für diesen Kampf, in dem er sich aufgerieben und geopfert hat. Friede durch Arbeit soll uns Vermächtnis bleiben.

SPD. Bei den Arbeitsämtern waren nach dem vorläufigen Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 30. April rund 5 737 000 Arbeitslose gemeldet. Es bedeutet gegenüber Mittel April einen Rückgang von rund 197 000. Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung wurden 1 232 000, in der Krisenfürsorge 1 675 000 gezählt. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist auf etwa 2 Millionen zu schätzen.

Wirtschaft Technik Handel

Reichshaushalt 1931/1932.

Gesamtdefizit für das abgelaufene Rechnungsjahr 423,5 Millionen Mark.

SPD. Mit dem Ausweis seiner Einnahmen und Ausgaben für den Monat März 1932 legt das Reich einen vorläufigen Abschluss für das Rechnungsjahr 1931/32 vor, das mit dem April 1931 begonnen und mit dem März 1932 geendet hat. Dass Einnahmen und Ausgaben beim Reich während dieses Katastrophenjahres, angesichts schnell sinkender Einnahmen und immer wiederkehrender aussergewöhnlicher Beanspruchungen, nicht ausgeglichen werden konnten, versteht sich wohl von selbst. Aber das Reich hat es fertig gebracht, ein Milliardendefizit zu vermeiden, das sicherlich gekommen wäre, wenn man die Dinge hätte treiben lassen.

Insgesamt wird der Fehlbetrag für 1931/32 mit 423,5 Millionen Mark angegeben. Das ist viel, wenn man an die gesunkene Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft denkt. Das ist wenig, wenn man diesen Fehlbetrag mit den Defiziten anderer Länder vergleicht, sei es mit dem faschistisch regierten Italien oder dem bolschewistischen Russland, ganz zu schweigen von dem gigantischen Defizit in Amerika. Die Finanzpolitik des Reiches war im verfloffenen Jahr hart. Sie hatte Mängel; sie war auf vielen Gebieten unsozial. Sie kann sich aber rühmen, dass wir vor dem finanziellen Chaos bewahrt geblieben sind. Ohne die Energie des Reiches, damit sich Einnahmen und Ausgaben nicht hoffnungslos verwirrten, sähe es in Deutschland heute anders aus. Man würde nicht in der Lage sein, die Ankurbelung der Wirtschaft finanziell durch Arbeitsbeschaffungsprogramme, Wiederherstellung des Kreditapparates usw. vorzubereiten, würde vor allem nicht in der Lage sein, 15 Millionen Menschen, die ohne Arbeit und Verdienst sind, vor dem Hungertod zu schützen. Gerechtigkeit erfordert diese Feststellung gegenüber Gewissenlosigkeit und Verworfenheit, die gegen Reich und System in beispielloser Weise hetzte und agitierte, während dieses mit allen Kräften bemüht war, das Land vor dem Untergang zu bewahren.

Man soll diese eindeutigen Tatsachen mal den Leuten klar machen, die gewissenlosen Demagogen nachlaufen, die ihnen nichts weiter bieten als leere Versprechungen.

Der Haushalt des Reiches gliedert sich in den ordentlichen und den ausserordentlichen Haushalt. Im ordentlichen Haushalt werden die Einnahmen mit 8 896,7 Millionen Mark angegeben. Aufkommen sollten 9 076,9 Millionen Mark. Ausgegeben sind aber 9 160,2 Millionen Mark. Es verbleibt demnach im ordentlichen Haushalt ein Defizit von 263,5 Millionen Mark.

Der wichtigste Einnahmeposten im ordentlichen Haushalt sind die Steuern, Zölle und Abgaben. Hier sollten 8 172 Millionen Mark aufkommen. Aufgekommen sind jedoch nur 7 787 Millionen Mark. Hier liegt allein also schon ein Fehlbetrag von 385 Millionen Mark vor. Er konnte durch andere Einnahmen verringert werden. So brachte allein der Gewinn auf der Münzprägung Einnahmen in Höhe von 415,3 Millionen Mark. Dagegen fiel der Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank, auf 25 Millionen Mark festgesetzt, infolge der Bankensanierung, deren Lasten ja die Reichsbank zum grössten Teil zu tragen hatte, fort. Auch die Post lieferte statt 263,8 Millionen Mark nur 216,3 Millionen Mark ab. Die Verzinsung der Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft erbrachte planmässig 28,7 Millionen Mark. Aus dem Verkauf von Vorzugsaktien

der Deutschen Reichsbahngesellschaft konnten dagegen nur 15,9 Millionen Mark erlöst werden, gegenüber 150 Millionen Mark, wie vorgesehen war.

Unter den Ausgaben stehen die Ueberweisungen an die Länder an erster Stelle (mit 2 314,1 Millionen Mark). Ruhegehälter und Kriegsbeschädigtenrenten erforderten 1 489,2 Millionen Mark, Reparationszahlungen (vor Eintritt des Hooverplanes) 293,7 Millionen Mark und die Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die der Eisenbahn allerdings wieder zur Verfügung gestellt wurde, 165 Millionen Mark. Für die Sozialversicherung konnten 431,8 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden gegenüber einem Voranschlag von 437,1 Millionen Mark. Der knappschaftlichen Pensionsversicherung, wodurch man die Versicherung der alten invaliden Bergleute vor dem Zusammenbruch gerettet hat, wurden 58 Millionen Mark zugeführt. Auf die Kleinrentnerfürsorge entfallen 31,5 Millionen Mark, auf die Krisenunterstützung für Arbeitslose 400 Millionen Mark, auf die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten und zur Stärkung der Krisenfürsorge 404,1 Millionen Mark, auf die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge 14,3 Millionen Mark und auf die Verbilligung von Frischfleisch für die bedürftige Bevölkerung 21,9 Millionen Mark. Um die Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände zu erleichtern, mussten 229,9 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Demgegenüber erforderte der Reichstag nur 5,8 Millionen, das Auswärtige Amt 23,5 Millionen, das Innenministerium 22,5 Millionen, das Reichsarbeitsministerium 109 Millionen, das Reichsernährungsministerium 95,2 Millionen, das Verkehrsministerium 113,7 Millionen und das Reichsfinanzministerium 71,8 Millionen Mark. Die Beträge für das Reichswehrministerium belaufen sich, soweit das Heer in Frage kommt, auf 220,6 Millionen Mark und, soweit die Marine in Frage kommt, auf 127,8 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat stellen sich die Einnahmen auf 26,4 Millionen Mark. An Anleihen, die hier im Betrage von 405 Millionen Mark, darunter 335 Millionen Mark Restposten, durchgeführt werden sollten, war angesichts der ganzen Situation nicht zu denken. Die Ausgaben stellen sich auf 186,4 Millionen Mark.

Zu dem Defizit aus dem Jahre 1931/32 tritt im ordentlichen Etat ein Defizit aus den Vorjahren in Höhe von 610,5 Millionen Mark und im ausserordentlichen Etat ein Defizit in Höhe von 261,4 Millionen Mark.

Damit stellt sich der gesamte Fehlbetrag bei den Reichsfinanzen für Ende März 1932 auf 1295,4 Millionen Mark.

SPD. Nach der vom Deutschen Landwirtschaftsrat veröffentlichten Statistik über die sich am 15. April 1932 in Händen der Landwirtschaft befindlichen Getreidevorräte haben die Roggenbestände in gleichem Ausmass abgenommen wie im Vormonat. Bei Weizen und Gerste ist die Abnahme geringer. Dagegen ist beim Hafer eine erhebliche Zunahme des Verbrauchs festzustellen, aus der sich die zu starke Abschnürung der Futtergetreideeinfuhr erkennen lässt. Insgesamt betragen die Vorräte in Millionen Tonnen:

	1932	1931
Weizen	0,49	0,36
Roggen	0,80	1,38
Gerste	0,36	0,25
Hafer	1,79	1,82

Den Schlussfolgerungen, die der deutsche Landwirtschaftsrat aus diesen Ergebnissen zieht, müssen wir, was die Versorgungslage beim Weizen betrifft, aufs schärfste widersprechen. Wohl sind in diesem Jahr die Weizenvorräte um 130 000 Tonnen grösser als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Aufgrund dieser Feststellung allein kann aber nicht die Art der Neuregelung der Weizeneinfuhr gerechtfertigt werden. Ein Blick auf die steigenden Weizenpreise in den letz-

ten Tagen genügt, um zu zeigen, wie unzureichend die Zollermässigung gewirkt hat. Mitte April kostete Weizen in Berlin 260 Mark die Tonne. Gegenwärtig, nachdem die Zollermässigung bereits 1 1/2 Wochen in Kraft ist, kostet er 277 Mark. Von Tag zu Tag werden die Weizenpreise um 1 bis 2 Mark heraufgesetzt und es ist nicht abzusehen, wann diese, durch Börsenspekulationen hervorgerufenen Preissteigerungen, denen die Reichsregierung tatenlos zusieht, ein Ende nehmen werden. Die Landwirtschaft wird naturgemäss bei den stetigen Preissteigerungen ihre Vorräte zurückhalten, in der Hoffnung, noch bessere Preise erzielen zu können. Die Aeusserung des deutschen Landwirtschaftsrates in seinem Kommentar zur Vorratsstatistik, dass aufgrund der statistischen Versorgungslage für die Mühlen die Notwendigkeit besteht, die noch vorhandenen inländischen Weizenbestände bis zum Ende des Wirtschaftsjahres nahezu vollständig in Anspruch zu nehmen und dass dies zu einer weiteren Preissteigerung führen werde, kann man zwar vom Interessentenstandpunkt verstehen, Das Reichsernährungsministerium darf sich jedoch nicht auf den gleichen Standpunkt stellen. Seit Jahren ist durch die ständige Steigerung der Weizenpreise der Preis des Weizenmehls von 28 Mark auf 35 Mark gestiegen. Eine derartige Verteuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel ist in der jetzigen Zeit unverantwortlich, zumal die Landwirtschaft insgesamt gar keinen Nutzen von der Weizenpreissteigerung hat, weil nur wenige kapitalkräftige Grossgrundbesitzer ihren Weizen bis kurz vor der neuen Ernte noch aufbewahren können. Die grosse Masse der Landwirte dagegen hat schon längst ihren Weizen verkauft.

Wir fordern daher von der Reichsregierung, dass sie unverzüglich Massnahmen ergreift, um nicht nur eine weitere Steigerung aller Weizenpreise zu verhindern, sondern auch um eine Senkung der Weizenpreise und damit eine Verbilligung des Weizenmehls zu erreichen. Sonst nimmt die schon eingetretene Schrumpfung des Weizenmehlverbrauchs einen derart grossen Umfang an, dass die Landwirtschaft selber nach der neuen Ernte, wenn grosse Mengen Weizen von ihr auf den Markt gebracht werden, von der Weizenteuerung am stärksten betroffen wird, weil der einmal geschrumpfte Konsum sich nicht plötzlich wieder hebt und das Missverhältnis zwischen gesteigertem Angebot und gesunkener Nachfrage zu Preiszusammenbrüchen führen muss.

SPD. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (B.I.Z.), die am Montag ihre Generalversammlung in Basel abhielt, legt einen Ausweis vor, nach dem sich der Reingewinn auf 15,8 Millionen Schweizer Franken stellt gegenüber 11,19 Millionen Schweizer Franken im Vorjahre. Die Bank zahlt eine Dividende von 6 Prozent und zwar erfordert die Dividendenausschüttung 6,45 Millionen Schweizer Franken gegenüber 5,16 Millionen Schweizer Franken im vorigen Jahr.

Aus der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist etwas ganz anderes geworden, als man seinerzeit annahm. Man hat die Bank mit dem Namen "Tributbank" belegt und die Radikalen in Deutschland hatten damit ein billiges Schlagwort bekommen. Tributbank ist die Bank nicht, vielmehr ein Mittel, das der gemeinsamen Arbeit der Notenbanken dient. In diesem Sinne hat die Bank eine wichtige und segensreiche Tätigkeit während der Finanzpanik im verflöhenen Jahre entfalten können. Ueber die "Tributbank" wurde der Deutschen Reichsbank der bekannte Dollarmillionenkredit zur Auffüllung ihrer Währungsreserve gewährt. Die Bank hat diesen Kredit in Höhe von 90 Millionen Mark am Montag auf weitere drei Monate verlängert.

Ruhiger.

(Berliner Produktenbörse vom 9.Mai.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Montag recht ruhige Stimmung. Die Umsatztätigkeit hielt sich in Grenzen. Das Angebot an promptem Weizen war zwar klein, aber die Mühlen weigerten sich, nach den letzten Preissteigerungen höhere Preise zu zahlen, sodass Weizen unverändert notiert wurde. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich grössere Preisrückgänge, namentlich für den Juli. Bei der günstigen Witterungslage hofft man, dass die Ernte im Juli bereits soweit fortgeschritten sein wird, dass schon grössere Anlieferungen aus neuer Ernte auf dem Markte erscheinen. Für Roggen war die Stimmung etwas freundlicher. Aber auch hier liessen sich keine höheren Preise für prompte Ware durchsetzen. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich für die späteren Sichten sogar leichte Preisrückgänge. Das Mehlgeschäft blieb gleichfalls sehr ruhig, namentlich in Roggenmehl. Weizenmehl wurde zu gedrückten Preisen in einigen Mengen abgesetzt. Für Hafer war die Stimmung gut stetig. Das geringfügige Angebot fand zu behaupteten Preisen Aufnahme.

	<u>7.Mai</u>	<u>9.Mai</u>
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	276 - 278	276 - 278
Roggen	200 - 202	200 - 202
Braugerste	187 - 194	187 - 194
Futter- und Industriergerste	179 - 186	179 - 186
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	33,10 - 36,60	33,10 - 36,60
Roggenmehl	25,80 - 27,60	25,80 - 27,60
Weizenkleie	11,60 - 11,90	11,60 - 11,90
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 287 - 286½ (Vortag 287½), Juli 285½-283¼ (287¼), September 228-227¼ (227). Roggen Mai bis 198, Juli 198½-198 Brief (199½), September 185-184½ (185¼), Hafer Mai 174½-174¼ (174), Juli 178½ plus Geld (178), September 154.

Amliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 9.Mai. A.Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 7,50, über 60 gr 6,75, über 53 gr 6,25, über 48 gr 5,75, frischer Eier über 60 gr 6,50, über 53 gr 6, aussortierte kleine und Schmutzeier 5. B.Auslandseier: Dänen 18er 7, 17er 6,50, 15½-16er 6, leichtere 5,50, Holländer 68 gr 7,25, 60-62 gr 6,25, 57-58 gr 6, leichtere 5,50, Bulgaren 5,50, Rumänen 5,25 - 5,75, Ungarn und Jugoslawen 5,50. Russen normale 5,25, kleine, Mittel- und Schmutzeier 4,50-4,75. Die Preise verstehen sich in Pfg. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: veränderlich, Tendenz: fest.

Amliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station vom 9.Mai: Weisse Kartoffeln 1,30-1,40, rote 1,50-1,60, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,20 - 2,30, Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 7,50-8,50 Pfg.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

35

Berlin, den 9. Mai 1932

Kinder helfen Kindern.^x

SPD. Im Flur einer Realschule im Südwesten Berlins standen den Winter über zwei grosse Kisten im Flur. Eines Tages nämlich hatten die Schüler beschlossen, dass jeder von ihnen, dessen Eltern es irgendwie möglich machen konnten, entweder eine Presskohle oder eine Kartoffel mit in die Schule bringen sollten. Das geschah dann auch. Die Kisten füllten sich jeden Morgen, und an manchen Tagen konnten mehrere Zentner Kohlen und ebensoviele Kartoffeln an die Berliner Winterhilfe abgeliefert oder an bedürftige Kameraden verteilt werden.

Auch mit kleinen, mit ganz geringen Mitteln kann man helfen. Kinder taten es hier für Kinder. Sie wollten den Grossen nicht nachstehen, und fast an allen Berliner Schulen wurden Einrichtungen geschaffen, um ärmere Kameraden und Kameradinnen zu unterstützen und ihnen über die grösste Not hinwegzuhelfen. So entstand nach und nach und in aller Stille eine Nothilfe Berliner Schulen, die von der Solidarität und Hilfsbereitschaft Berliner Kinder ein schönes Zeugnis ablegt. In vielerlei Formen ging dieses Hilfswerk vor sich; jede Schule fand eine andere Möglichkeit, zu helfen. Denn die Not hinter Schulfenstern ist gross und sie ist auch jetzt, nachdem der Winter vorbei ist, nicht geringer geworden. Vielen Kindern fehlen Kleidung und Schuhwerk. Die Verhältnisse zu Hause sind oft durch jahrelange Arbeitslosigkeit der Väter derart trostlos, dass die Kinder apathisch in der Schule sitzen und dem Unterricht nicht mehr folgen können. Sie haben kein Bett, keine Pflege, kein genügendes Essen. Früh kommen sie hungrig in die Schule. Deshalb kamen in vielen Schulen die Kinder überein, eine Frühstückshilfe zu organisieren. Schüler bemittelter Eltern brachten jeden Morgen die doppelte Ration mit; andere opferten die Hälfte ihres knappen Frühstücks und teilten mit ihren Kameraden. An wieder einer andern Stelle wurden täglich bis zu zweihundert Frühstücksbrote gesammelt und in die benachbarte Volksschule getragen, wo über die Hälfte aller Kinder ohne Frühstück zur Schule kamen. An einigen wenigen Schulen, die von Kindern bessergestellter Eltern besucht werden, konnte man noch grosszügiger zu Werke gehen. So richtete der Schülerausschuss eines Berliner Gymnasiums eine "Dreigroschensammlung" ein. Jeder Schüler zeichnete dreissig Pfennig im Monat für die Nothilfe der Schule. Darüber hinaus stifteten manche Eltern noch einen Geldbetrag, sodass neben den monatlichen Beträgen auf einmal eine Summe von über tausend Mark zusammenkam. Mit diesem Gelde gründeten die Schüler eine Speisung für die Kinder einer Gemeindeschule im Osten Berlins. Über 150 Kinder erhalten dort nun täglich ein warmes Frühstück.

Damit war schon eine Menge getan. Aber das Hilfswerk ging weiter. Der Eifer der Kinder äusserte sich in einer rührenden Hilfsbereitschaft. An vielen Schulen begannen die Kinder ganz aus eigener Initiative mit Sammlungen. Sie sammelten, was es nur gab: Kartoffeln, Mehl, Erbsen, Bohnen, Linsen; sie sammelten Kaffee, Tee, Kakao, Anzüge, Strümpfe und Schuhe wurden mit in die Schule gebracht, auch Kohlen und Brennholz. Mit diesem gesammelten Gute konnten nicht nur Mitschüler unterstützt werden; das Hilfswerk wurde auch auf die Eltern ausgedehnt. Ganze Familien wurden von den Kindern fortlaufend mit Lebensmitteln, Kleidern und Kohlen versorgt. Für diese Hilfe fand sich auch eine schöne Form: Eine ganze Klasse übernahm die Patenstelle für eine oder auch zwei Familien und versorgte sie mit allem, was sie brauchten. Ein Tag in der Woche ist Sam-

meltag; dann wird alles zusammengetragen, was für die Paten der Schulen bestimmt ist.

Daneben wurden auch in vielen Familien Freitische eingerichtet. Kinder wohlhabender Eltern nahmen einen Kameraden mit nach Haus. Genügten die Sammlungen nicht, so würden die Theateraufführungen gelegentlich der Elternabende in den Dienst der guten Sache gestellt. Früher war der Erlös meist für Schulzwecke verwendet worden. Man hatte von dem Gelde beispielsweise einen Lichtbildapparat angeschafft, Bücher für die Schulbibliothek, oder hatte eine Studienreise mit ihm bestritten. Darauf wurde nun verzichtet, und das Geld kommt jetzt restlos der Schulhilfe zugute. So vereinigen sich in aller Stille viele kleine Gaben zu einer grossen. Die Kinder sehen und erfahren schon früh die Not; sie ahnen, um was es geht; sie wollen nicht tatenlos dabeistehen; sie haben das Gefühl, dass man helfen kann und muss. So konnten in den mittleren und höheren Schulen viele Eltern nicht mehr das Schulgeld bezahlen. Auch da taten sich ganze Klassen zusammen. Mit Hilfe elterlicher Stiftungen wurden Fonds gegründet, aus denen monatliche Schulgeldbeihilfen an bedürftige Schüler und Schülerinnen gezahlt werden. Freilich, nicht immer kann Geld gegeben werden. Um dennoch einander zu helfen, haben Kinder in den ärmeren Gegenden des Ostens und Nordens Klassenhilfen eingerichtet, indem sie sich mit Schulbüchern, Kleidern, Schuhen und Lebensmitteln untereinander aushelfen. Wer mehr hat als der andere, der teilt mit ihm. So kochen in vielen Haushaltungsschulen die Mädchen für ihre bedürftigen Mitschülerinnen. In den Berufsschulen organisierte man zusammen mit der Lehrerin eine Kleiderhilfe; Die Schülerinnen richteten die alten Kleider ihrer Kameradinnen wieder her, oder sie taten sich zusammen - wie dies an einer Gewerbeschule geschah - um für einige Kameraden das Fahrgeld zur Schule zu bezahlen. So haben Kinder auf vielerlei Art zur Linderung der Not beigetragen. Sie taten es aus eigenem Antrieb, mit kindlichem Eifer; sie taten es, weil der Ernst des Lebens in dieser Notzeit früh und unerbittlich an sie herantrat.

Alfred Prugel.

Kühne Psychologen!X

SPD. Wo man auch die moderne "Tiefenpsychologie" anpacken mag, - stets findet man hinter ihrer oft recht anspruchsvollen Fremdwortfassade ein paar Wahrheiten, deren Einfachheit und Weltbekanntheit geradezu ans Banale grenzt. Die Weltbekanntheit einer Wahrheit spricht nicht gegen ihre Tiefe; es fragt sich nur, wozu der Fachmann mit seiner Fachsprache ihr den Mantel des Geheimnisvollen umhängt.

Da ist z.B. die allgemein bekannte Wahrheit von der Ruhe des Gemütes; nämlich: wer sie hat, der hat vor allen Unruhigen den Vorteil, genauer hinhören zu können, wenn ihm jemand etwas sagt, klarer zu sehen, was geschieht, und überzeugender auf Andre zu wirken, wenn er ihnen einen Rat gibt. Daraus ergibt sich die zweite, ebenfalls weithin bekannte Wahrheit, dass man nämlich unruhige, nervöse Menschen allmählich beruhigen kann, wenn man sich oft und freundlich mit ihnen beschäftigt, ihre Klagen und Berichte ruhig anhört, nicht mit ihnen hadert und sie so nach und nach Vertrauen und Mut fassen lässt.

Was macht nun die moderne Tiefenpsychologie aus diesen einfachen, allbekannten Wahrheiten? Sie nennt die Ruhe des Gemütes: die furchtbare Introvertiertheit; die Unrast des Nervösen: dessen Uneigentlichkeit. Und sie betrachtet diese "Uneigentlichkeit" als ein Störungsprodukt des kollektiven Unbewussten im Menschen, das von ihm nicht verstanden wird, und das er deshalb nicht bewältigen könne. Und unter dem "kollektiven Unbewussten" denkt sie

sich eine Art erbbiologischer Ansammlung von Erfahrungen der Ahnenreihe des Menschen, die er aber zunächst nicht kenne. Usw.usw. Unsere einfachen Wahrheiten lauten dann, übersetzt in die Sprache einer Tiefenpsychologie (bitte, wenn's geht, nicht lachen!):

Der Neurotiker, dessen Libido auf der einen Seite verarmt, und der das Plus auf der andern Seite nicht finden kann, introvertiert sich ohne Erfolg. Er empfängt die Hilfe des Psychologen, der mit seiner eigenen, fruchtbar gemachten Introversion dem Neurotiker zu seiner Wandlung verhilft, indem er ihn dessen psychisches Bild verstehen lehrt und ihn damit befähigt, eigentlich zu werden.

Dies ist eine Probe aus der Fachsprache der Jung'schen Psychoanalyse. Andre "Tiefenpsychologien" haben wieder andre Geheimsprachen. Aber dass es Geheimsprachen sind, die das Einfache nur kompliziert erscheinen lassen, das muss der Arbeiter wissen.

Warum gerade der Arbeiter? Kann er den Streit über Theorien einer fernliegenden Wissenschaft nicht den Fachleuten überlassen?

Keineswegs! In der Tat kümmern wir uns ja schon längst um die allgemeine Kontrolle der Wissenschaften und deren Praxis, die Technik. Weshalb also sollten wir uns nicht für die Tiefenpsychologien interessieren, da ja auch sie in eine Technik einmünden, die wir kontrollieren müssen: die Erziehung! Allerdings wird der Fachmann damit nicht überflüssig; doch muss er sich, wie wir alle auch, gefallen lassen, dass man ihm kritisch zusieht. Z.B. ist es Sache der Fachleute, die feinen Berechnungen auszuführen, die den Bau einer Dynamomaschine von bestimmter Leistung ermöglichen. Aber dass man sie berechnen kann und sie nicht nach freiem Ermessen aus dem Unbewussten konstruiert, das weiss der Arbeiter, und er wird sich nicht weismachen lassen, anstelle einer Kupferleitung für den Strom genüge auch Bindfaden. Die notwendige Stärke der Kupferleitung zu berechnen, ist allerdings wieder Sache des Fachmanns.

Diese einfache kritische Orientiertheit, wie wir sie auf dem Gebiete der Physik und ihrer Technik längst besitzen, fehlt uns noch auf dem Gebiete der Psychologie, besonders jener, die sich Tiefenpsychologie nennt. Da können wir es nur begrüßen, wenn sozialdemokratische Kritiker, wie es am 7. und 8. Mai bei einer Tagung Jung'scher Psychoanalytiker in Berlin geschah, in öffentlicher Diskussion den Tiefenpsychologen vom Fach kritische Fragen vorlegen, um sie zu klarer Auskunft darüber zu zwingen, was sie in Wirklichkeit tun. Die genannte Tagung war einberufen vom Sozialen Institut zu Charlottenburg, das Fürsorgerinnen, Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen ausbildet. Den Berliner Jung'schen Psychoanalytikern Kranefeldt, Charlotte Geitel, Toni Sussmann, Kirsch, Weizsäcker war Gelegenheit geboten worden, Studenten, Fürsorger, Lehrer und Pädagogen in einem Vorlesungszyklus in die Jung'sche Psychologie einzuführen. Die Referenten taten das mit umständlichem Wortgepräge und liessen, durch die Diskussionsredner gedrängt, erkennen, dass die oben erwähnten einfachen und bekannten Wahrheiten in ihrem Begriffsgebäude enthalten sind; darüber hinaus nichts. Allerdings Hypothesen, so viel ihr wollt; und Beispiele, die bestenfalls erkennen lassen, was der Referent sich denkt, jedoch nichts beweisen. Ja, diese Tiefenpsychologen sind sogar stolz auf die Unbeweisbarkeit ihrer Theorien, und sie erklären ihr Tun für irrational, d.h. dem Verstande nicht zugänglich. Also: Wir sollen wieder glauben anstatt begreifen, ahnen anstatt kritisch prüfen. Rückkehr ins Mittelalter! - Bindfaden statt Leitungsdraht.

Die kritische Frage nach der praktischen Anwendbarkeit der Jung'schen Psychologie in der Erziehungs- und Fürsorgepraxis beantwortete der eine Referent überhaupt nicht; der andre erklärte, in einer einzigen Fürsorgeberatung könne man allerdings nicht Psychologie unterrichten, aber der Fürsorgerin könne durch diese Psychologie die Ruhe und Sicherheit der Hörens, Fragens und Handelns vermittelt werden, die den Erfolg ihrer Arbeit erhöht. Welchen Erfolg wohl? Den des Abbauens, der Rentenkürzung, der Abweisung von Unterstützungs-

anträgen? Und mit welcher Uebermittlungstechnik soll es alljährlich einigen zehntausend Studenten der Pädagogik, Medizin und des Fürsorgewesens ermöglicht werden, "eigentlich" zu werden? - Ueber alles das schweigen sich diese Tiefenpsychologen aus. Wir aber, die wir keine Tiefenpsychologen sind, können diesen Nachleuten auf den Kopf zusagen, wo sie stehen: auf der andern Seite der Klassenkampffront! Dort, wo man materiell daran interessiert ist, dass wir unsere Aufmerksamkeit von der Aussenwelt weg auf unser "Unbewusstes" lenken und uns individuell besänftigen lassen, damit wir nicht sozial aktiv werden! Wir wissen sehr genau, was unsere Unrast bedingt: Ausbeutung, Erwerbslosigkeit, Wohnungs-elend, Unterernährung, Tuberkulose. Dieses notwendige Wissen sollen wir in den Hintergrund treten lassen zugunsten eines unbestimmten Glaubens an unsere individuelle Ahnenreihe, die unser sagenhaftes "Unbewusstes" noch heute beschwert? - Kühne Psychologen!

Es bleibt das Verdienst des Sozialen Instituts zu Berlin, den sozialistischen Kritikern Gelegenheit gegeben zu haben, sich davon zu überzeugen, dass diese Psychologie für die Arbeiterschaft nicht in Frage kommt.

E.M.=R.

X
Mairegen.

SPD. Dies ist nur die Geschichte eines Kindes. Wer sich nicht gern mit Kindern befasst, der tut besser daran, sie garnicht zu lesen. - Die Geschichte dieses Kindes fängt an, wie die Geschichte vieler Kinder anfängt: das Kind hatte keinen Vater. Das heisst, es hatte wohl einen Vater, da die Kinder ja nicht vom Himmel herab den Müttern in den Schoss fallen, aber der Vater hatte die Mutter nicht geheiratet, war in die weite Welt gegangen und hatte nie mehr etwas von sich hören lassen. Deshalb also war es so gut, als ob die kleine Marie - so hiess das Kind - gar keinen Vater gehabt hätte, und beinahe war es, als hätte sie auch keine Mutter. Die Mutter nämlich, nachdem sie das Kind in die Welt gesetzt hatte, und zwar zwei Monate vor der Zeit, schämte sich vor den Leuten in dem kleinen Städtchen, in dem einer den andern kannte; sie hatte darum das Kind zu einer Verwandten in Pflege gegeben und war selbst weit fortgegangen in Dienst in eine grosse Stadt, in der niemand wusste, dass sie ein Kind ohne Vater hatte. Jeden Monat schickte sie pünktlich das Geld, das sie für die Pflegestelle zu zahlen hatte. Sie selbst war nur einmal auf wenige Tage wieder gekommen, um das Kind zu sehen, als dieses drei Jahre alt war. Jetzt zählte die kleine Marie schon sechs Jahre, und seit Ostern ging sie zur Schule.

Auf die Schule hatte sie sich gefreut, auch darauf, nun immer mit vielen Kindern zusammen zu sein, denn die Frau, bei der sie in Pflege war, hatte keine Kinder, und in dem Hause, in dem sie wohnten, gab es auch keine, mit denen sie hätte spielen können. Aber auch in der Schule fand Marie den Anschluss nicht, konnte nicht mittun mit den andern. Das kam vielleicht daher, dass sie so besonders klein und schwach war, viel kleiner als alle übrigen Kinder ihrer Schulklasse, sodass sie nicht mit springen und laufen konnte.

"Sie ist wohl man so schwach, weil sie ein Siebenmonatskind ist", hatte kürzlich die Pflegemutter gesagt und dabei den Kopf geschüttelt.

Marie hatte die Worte gehört, aber nicht verstanden. Sie meinte, sie sei ja jetzt sechs Jahre alt, da passe das mit den sieben Monaten doch nicht, und sie müsse doch von rechts wegen so gross und so stark werden können wie die Gleichaltrigen. Doch das wurde sie nicht, und die andern Kinder lachten sie aus und verspotteten sie. Da stand sie dem meist einsam abseits, während die andern spielten. Nur manchmal, und dann öfter und öfter stand eine bei ihr, die auch bei den Gemeinschaftsspielen ausgeschaltet war. Es war ein kleines Judenmädchen, das Esther hiess. Auch über Esther spotteten die andern Kinder,

und die Lehrerin schien das nicht zu bemerken. Vielleicht bemerkte sie es auch wirklich nicht.

So ward es zur Gewohnheit, dass Marie und Esther in den Schulpausen zusammenstanden und den Heimweg gemeinsam machten bis zur Strassenecke, an der die Eine zur Rechten, die andere zur Linken ging.

Esther kannte Mariens Sehnen, gross und stark zu werden. "Ich will einmal den Grossvater fragen, wie man es macht; der weiss alles", sagte sie verehrungsvoll. Am nächsten Tage erzählte sie: "Der Grossvater hat gesagt, wenn in den Mairegen die Sonne scheint und man darin eine ganze Stundelang tanzt, dann wächst man gleich ein Stück". Marie nahm sich vor, das auszuprobieren. Aber sie musste lange warten, denn wenn es in diesem Mai regnete, dann schien die Sonne nicht, und wenn die Sonne schien, dann regnete es nicht. Doch endlich, gegen Ende des Monats, kam ein Tag, ein kalter rauher, an dem es in Strömen regnete und der Wind wehte. Der jagte gegen Abend die Wolken etwas auseinander, und die Sonne schien hindurch mitten in den Regen hinein, und Marie lief in ein Garteneckchen wo niemand sie sah, trug ihre Kleider - die durften ja nicht nass werden; sonst würde sie gescholten - in die nahe Laube, stellte sich ganz nackt mitten hinein in den Mairegen, den Sonnenregen, und tanzte. Die Uhr der nahen Kirche schlug gerade die volle Stunde, als das Kind begann, und es tanzte weiter, während die Uhr das erste, das zweite und das dritte Viertel schlug, bis wieder die volle Stunde klang. Da stand Marie still. Es regnete noch, aber die Sonne schien schon lange nicht mehr. Marie kleidete sich wieder an und ging hinein, und niemand wusste davon.

Und nun ist die Geschichte dieses Kindes eigentlich zu Ende. Denn am nächsten Morgen lag die kleine Marie im Fieber, und am dritten Tage starb sie. Im Fieber hat sie nur immer gerufen: "Jetzt werde ich so gross und stark wie der Riese Goliath", - Von dem hatte sie in der Schule gehört.

Als die kleine Marie begraben ward, ging die ganze Klasse mit der Lehrerin an der Spitze hinter dem Sarge her. Geweint hat nur eins von den Kindern. Das war das kleine Judenmädchen.

Henni Lehmann.

Gumperts Hund ist gestorben.^x

SPD. Inge war noch sehr klein, als sie ihre Mutter verlor. Sie konnte den Tod ihrer Mutter nicht erfassen, doch schrie sie viel nach der Mutter, nicht, weil sie die Sorgende vermisste, sondern weil alle so traurig von der Mutter sprachen. Und Inge konnte noch keine Sätzen formen. Inge konnte, angesteckt von der allgemeinen Trauer, nur schreien: "Mutter! - Mutter!"

Ihr Vater war Geschäftsmann, und Inge bekam bald eine neue Mutter. "Ein Mann kann nicht allein sein" - "Ein Mann mit Kindern muss bald wieder heiraten". - "Ein Geschäftsmann mit Kindern geht zu Grunde, wenn er keine Frau hat". Das wurde immer und immer wieder gesagt. Selbst Inge kannte diese Redensarten auswendig, obwohl sie ihren Inhalt nicht verstand. Die neue Mutter war zur Mutter wie geschaffen, wenn sie auch selbst kein Kind hatte. Inge fiel die Gewöhnung leicht. Sie spürte die Liebe und war zufrieden, fühlte sich warm eingebettet in Befehl und Warnung und Tröstung der Frau mit dem echten Muttergefühl. Sie hatte eben eine neue Mutter bekommen. Für Inge war damit der Fall erledigt. Sie hatte auch einen neuen Ball bekommen, als der alte ihr auf der Strasse weglief und unter eine Strassenbahn kam. Sie hatte ihre Mutter lieb gehabt, sie hatte den Ball lieb gehabt; es gab bei Inge nur Liebhaben, aber noch keine Unterscheidung zwischen Menschen und Dingen.

Als Inge grösser wurde, verloren alle Spielsachen für sie ihren Reiz. Nicht

dass sie dem Spiel entwachsen war, jedoch Gumperts, die nebenan wohnten, hatten einen Hund, und Kind und Hund freundeten sich an, ohne dass sie von den Erwachsenen dazu angehalten wurden. Der Hund wurde Inges bester Gespieler. Stundenlang sassen sie beide vor der Haustür, das kleine Mädchen und der grosse zottige Hund. Vor ihnen lag der Fahrdamm, das Meer der abertausend Gefahren der Grossstadt. Sie durften ihn nicht überschreiten; sie durften nur aufmerksamen Auges auf ihn schauen. Das taten sie denn auch ohne jedwedes Ermüden. Da wurde ihnen das Leben aufgetischt. Ihnen imponierte eigentlich nichts, nicht einmal mehr Automobilzusammenstösse. Sie wussten nur, dass nach ihnen immer viele Menschen auf den Gehsteig kamen und sie - das bedeutete in diesem Falle: Inge und Gumperts Hund - rücksichtslos auf die Füsse getreten wurden.

Bei Kälte oder Regenwetter sassen Inge und Gumperts Hund zusammen im Zimmer. Er setzte sich bewusst fest hin, wenn Inge sich an ihn lehnte und ihn mit ihren kleinen Armen umschlang. Sie verstanden einander; denn dieses sich sorgen und sich anlehnen wollen sind Triebe, die gleich stark durch Menschheit und Tierheit gehen. Oft sann sie still ins Leben hinein. Sie störten einander nicht; sie lernten Menschen und Dinge und alle möglichen Erscheinungen kennen in der ureigenen Weise ihres Ich. Sie waren zwei Ich, die grundverschieden waren; die ineinander aufgingen und sich in ihrer geistigen und seelischen Entwicklung nie behinderten.

Doch eines Tages - das Tier war wohl schon lange krank gewesen, aber Tiere klagen ja nicht in Menschen verständlichen Worten, - fiel der Hund um und war tot. Ein Tierarzt wurde gerufen. Der konstatierte: "Der Hund hat einen Schlag bekommen". Die Menschen wunderten sich darüber, dass auch ein Hund einem Schlaganfall erliegen kann.

Inge erzählte ganz verstört vom Tode des Hundes und sagte zum Schluss: "Er fiel um, und dann hat er kein Wort mehr gebellt". Die Kunden im Laden ihres Vaters hörten es und lachten schallend. Immer und immer musste sie ihre Erzählung wiederholen, und jedesmal setzte ein Sturm der Heiterkeit ein. Nein, es ist doch auch zu komisch für erwachsene Menschen, dass ein Hund Worte bellegen kann.

Und Inge verkriecht sich. O, die lachenden Menschen; sie kann sie nicht ertragen. Eine neue Mutter hat sie bekommen, aber einen neuen Hund bekommt sie nicht. Sie ist inzwischen grösser geworden. Ihr Herz hat für den Hund gefühlt. Ihre Seele steht voll Suchen. Ihre Finger zucken nervös. Aber auf all' dieses Suchen gibt es kein Finden. Das fühlt das Kind. Alles ist weg, was noch gestern und vorgestern war, das Sitzen vor der Haustür, das Spazierengehen mit Gumperts Hund und das ungestörte vor sich hin Dösen im Zimmer.

Aus dem Laden dringt Lachen. Inges Bericht wird weiter erzählt. Das Kind steht voll Erbitterung und namenlosem Jammer. Es weiss jetzt, wie brutal Menschen sein können, und es weiss zugleich, was der Tod für den Ueberlebenden bedeutet.

Erna Büsing.

SPD. Doppelsinnig.^X "Mein grosser Bruder wiegt zwei Zentner".

"Das ist noch garnichts. Mein grosser Bruder wiegt hundert Zentner".

"Red' doch nicht solchen Quark!"

"Doch, der ist in einer Kartoffelhandlung; der wiegt jeden Tag hundert und mehr Zentner."

SPD. Eine Handvoll guten Lebens ist mehr wert als ein ganzes Bündel erlernten Wissens.

Englisches Sprichwort.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 9. Mai 1932.

Das geerbte Ei.^x

SPD. Dass ich eben ein hartgekochtes ganz gewöhnliches Hühnerei gegessen habe, wäre gewiss nicht erzählenswert. Auch, dass es nicht mehr ganz frisch war sondern eher nach moderigem Waldlaub schmeckte, wäre von geringer Bedeutung. Aber es hängen Erinnerungen daran, denen man wohl einige Minuten gönnen darf. Ich sass als Kind an langen Sommerabenden oft auf des Erbonkels Knie. Dann erzählte er, während der Kopf der langen Pfeife auf dem andern Knie seinen Platz einnahm, Indianergeschichten, die er - was diese Geschichten für mich besonders wertvoll machte, selbst erlebt hatte. Dreissig Jahre lang hatte er den Bau der ersten Eisenbahnen durch die Steppen und Urwälder Brasiliens geleitet, und wenn er auch hunderte von Geschichten erzählte, so wusste man, dass er noch tausend erzählen konnte. Er hatte die Kriegsrufe der Rothäute und das Zischen ihrer Pfeile gehört. Oft hatte er sich monatelang mit Büchse und Hautmesser durch die Lianen des Urwalds schlagen müssen. Ein Steppenbrand war über ihn hinweggezogen. Während er sich im Sand einer dürftigen Wasserstelle selbst vergraben hatte, stampften die Hufe der Büffelherden und die Tatzen der wilden Tiere den Boden über ihm fest, bis ihm das Sengende der Luft, die er durch den Sand und durch ein feuchtes Tuch einsaugte, die Besinnung raubte. Als er dann wieder zu sich kam, hing der kalte Sternenhimmel der Steppe über ihm. - Er hatte einen Panther lebendig gefangen, indem er sich vom Pferd aus auf ihn warf und so Stunden ringend verharrte, bis das Pferd, das instinktiv zum Trupp zurückkehrte, die Helfer brachte, die ihn aus der gefährlichen Lage befreiten. - Kurz, er hatte etwas erlebt in den dreissig Jahren.

+ + +
Als er, ein armer Student, mit geringen Aussichten und vielen Plänen und Hoffnungen für das vor ihm liegende Leben, an einem schönen Herbsttage durch das Gebirge seiner Heimat wanderte, fand er einen Fleck, der ihm besonders gefiel. "Den möchtest du besitzen", dachte er - - und ging nach Amerika. Nach dreissig Jahren im Urwald fiel ihm dieser Fleck Erde wieder ein. Nichts hielt ihn mehr. Er musste zurück und dafür bieten, feilschen, prozessieren, bis er ihn besass. Er zog einen hohen Zaun um das weite Gut, baute sich ein Haus, Ställe und Scheunen, pflanzte und bestellte mit der Grosszügigkeit amerikanischer Farmer und nahm Abends die Buben auf den Schoss, paffte aus seiner Pfeife und erzählte Indianergeschichten.

+ + +
Gestern - das heisst: zwanzig Jahre später - kam ich nicht grundlos auf den Einfall, jenen Ort aufzusuchen, an dem sich damals die erzählten Geschichten zum zweiten Mal und im Kindermasstab abgespielt hatten. Das Schicksal begünstigte mein Vorhaben. Unterhalb der Höhle, die im Walde des Berghanges lag, war der Zaun durch ein schleuderndes Fuhrwerk beschädigt worden. Man sah das an den frischen Spuren der Räder. Ich stieg durch die Bresche gerade auf die Höhle zu, so sicher in der Richtung, als wäre gestern gewesen, was zwanzig Jahre zurücklag. Ich sass wohl eine Stunde lang auf den Felsen in der Sonne und dachte, wie doch alles so gleich geblieben ist. Der Indianerschmuck lag noch, wenn auch halb vermodert, in einem Spalt der Höhle. Die Pistolen waren verrostet, und die Tomahawks von Holz hatten es aufgegeben, wie Metall zu glänzen, Im Ausgang der Höhle aber lag in einem Nest von faulem Laub das Ei, das ich eben gegessen habe....

+ + +

Die Erben auf dem Schoss, die lange Pfeife im Munde haben und dabei von seinen vielen Erlebnissen erzählen, so hatte sich wohl der Onkel seinen Lebensabend vorgestellt. Doch daraus wurde nichts. Der Krieg kam. Der Trapper wurde in dem Sechzigjährigen wieder lebendig. Er musste nach Russland, trabte hinter Kavalleriegefechten her, fing verwundete und durchgegangene Kosakenpferde ein, pflegte sie, heilte sie aus und bot sie der Militärbehörde zum Kauf an. Diese jedoch fand, dass der ganze Stall den Rotz habe (eine unheilbare Pferdekrankheit), und schoss ihm die Pferde über den Haufen.

Er ging wieder heim, baute in grossem Masstabe Rhabarber und Möhren an und stellte daraus jene Kriegsmarmelade her, von der wir gewiss noch unsern Enkeln erzählen werden.

Dann kam die Inflation, und er verkaufte den Fleck Erde, um den er ein Leben lang hartnäckig gekämpft hatte. Er kaufte und verkaufte weiter, bis er ein Häuslein besass, für das er nicht einmal mehr die Steuern aufbringen konnte. Argentinier entdeckten ihn und nahmen ihn mit. Siebzigjährig führte er die Holzfällertrupps durch die Urwälder, die er besser kannte als die Sümpfe und Fallen der übrigen Welt.

Doch diesmal waren's nur wenige Jahre, zwei oder drei. Dort, wo er einst seinen Mann gestellt hatte, merkte er doppelt, wie alt er geworden war. Sterben wollte er in seiner Heimat.

Er führte in Deutschland eine drüben gebräuchliche Teeart ein und starb. Das war vorgestern.

Sieg-Tschierschky.

Atlantik-Mittelmeer-Kanal.^x

SPD. Das grösste europäische Kanalprojekt wird gegenwärtig in Frankreich bearbeitet. Viele hunderte von Ingenieuren, Landmessern und andern Fachleuten sind im Tale der Garonne und am Canal du Midi damit beschäftigt, die notwendigen Vorarbeiten durchzuführen. Es handelt sich um keine geringere Aufgabe als die, eine für Seeschiffe bis zu 30 000 Tonnen geeignete Wasserstrasse von der Bucht von Biscaya bis zum Mittelmeer zu schaffen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass nur die durch den Lauf der Garonne und den Canal du Midi gekennzeichnete Strecke für die Durchführung dieses gigantischen Planes in Frage kommt. Der neue Kanal wird also bei Bordeaux beginnen, dann dem Lauf der kanalisiertem Garonne folgen und hinter Toulouse den Anschluss an den Canal du Midi finden, der heute noch durch eine Strecke von 50 Kilometern von der Garonne getrennt ist. Modernste Maschinen werden die alten Flussbetten verbreitern und vertiefen. Zwölf gewaltige Schleusen sind ausser den beiden Flutschleusen an den Mündungen in den Atlantik bzw. in das Mittelmeer vorgesehen. Die Gesamtlänge des neuen Kanals wird rund 500 Kilometer betragen.

Alle Parteien Frankreichs haben sich mit stärkster Energie für das riesige Ingenieurbauwerk eingesetzt, das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eine grosse Rolle spielen wird. Wenn Frankreichs Flotte, ohne Gibraltar passieren zu müssen, in das Mittelmeer oder in den Atlantik gelangen kann, dann wird das den französischen Strategen als ein unerhörter Vorteil erscheinen; der Kanal wird in ihren Augen einen strategischen Wert höchsten Ranges haben. Umgekehrt wird der Wert Gibaltars für England sich ganz erheblich vermindern. Vielleicht schwebte schon den Politikern des 17. Jahrhunderts ein ähnlicher Plan vor, als der etwa 250 Meter lange Canal du Midi vollendet wurde, der heute natürlich schon seit langem modernen Anforderungen nicht mehr genügen kann.

Wirtschaftlich wird dem neuen Kanal eine gute Zukunft prophezeit. Er kürzt den Seeweg vom nördlichen Atlantik in das Mittelmeer ganz erheblich

ab, denn die ganze Umfahrt um die Pyrenäenhalbinsel wird ja unnötig. Fracht- und Passagekosten werden sich also ganz erheblich vermindern, wenn auch die Abgaben für die Durchfahrt zum Teil gegen diese Ersparnis aufgerechnet werden müssen. Die Durchfahrtszeit durch den Kanal wird nur dreissig Stunden betragen. Alle an dem neuen Kanal gelegenen Orte des Binnenlandes werden plötzlich zum Range von Küstenstädten erhoben, ohne dabei ihren binnenländischen Charakter zu verlieren. Die Landwirtschaft Südwestfrankreichs aber begrüsst den Bau des Kanals, weil er sicherlich imstande sein wird, die gewaltigen Regen- und Schmelzwassermengen aufzunehmen, die schon oft grosse Katastrophen, denen Millionenwerte zum Opfer fielen, herbeiführten.

Vielleicht hängt mit diesem Projekt, dessen Verwirklichung natürlich auch den spanischen und portugiesischen Hafenstädten Abbruch tun würde, die Meldung zusammen, die kürzlich verbreitet wurde und keine geringere Absicht verkündete, als den Franzosen - die Garonne zu stehlen. Die Garonne entspringt nämlich in Spanien, im Val d'Aran. Nach wenigen Kilometern strömt sie schon nach Frankreich hinein, und aus dem spanischen Bache wird ein etwa 600 Kilometer langer französischer Fluss. Die Spanier erklären, dass sie mit ihren Quellen machen können, was sie wollen. Und da sie Wasser brauchen, wollen sie angeblich einen kleinen Kunstgriff vornehmen, um der Natur ins Handwerk zu pfuschen und den Garonnelauf nach Süden zu lenken. Dabei würde den Franzosen - zum ersten Male passierte das in der Weltgeschichte - heimlich, still und leise ein ganzer Fluss gestohlen. Ob sich dann noch das grosse Kanalprojekt, für dessen praktische Vollendung eine Bauzeit von nur 5 Jahren angesetzt wird, auf der gleichen Grundlage wie jetzt durchführen liesse, muss dahingestellt bleiben.

Uns Deutsche interessiert bei der Angelegenheit noch die Tatsache, dass Frankreich einen Teil der deutschen Reparationsgelder zur Durchführung des gewaltigen Werkes verwenden will. Bekanntlich ist auch der Moselkanal Metz-Diedenhofen unter Verwendung von Reparationssummen finanziert worden. Gäbe es heute bereits ein Pan-Europa, dann könnten alle Völker an diesen Werken ungeteilte Freude haben. In dem zerrissenen Wahn-Europa des 20. Jahrhunderts aber haben die meisten technischen Wunderwerke leider noch einen bitteren Beigeschmack, da sie nicht nur friedlichen, sondern auch militärischen Zwecken nutzbar gemacht werden.

M.Möbus.

----- Wetter und Arbeitsleistung.^x -----

SPD. Jeder weiss aus eigener Erfahrung, dass das Wetter auf ihn in seelischer und körperlicher Hinsicht einwirkt. Während die seelischen Einwirkungen stets ins Bewusstsein treten, bleiben die körperlichen Einflüsse gewöhnlich unbewusst. An hellen, sonnigen Tagen verspürt man Arbeitslust; bei trübem, regnerischem Wetter sinken Arbeitslust und Laune. Der Amerikaner Ellsworth Huntington von der Yale-Universität hat nun kürzlich aufschlussreiche Untersuchungen über die physiologischen Einwirkungen des Wetters auf den Menschen angestellt, um zu ermitteln, in welcher Weise sich die Arbeitsleistung mit dem Wetter ändert. Bei solchen Untersuchungen müssen, um Fehlerquellen möglichst auszuschalten, Kollektivleistungen kontrolliert werden. Zeigen sich bei solchen Kollektivleistungen Schwankungen, obwohl sämtliche Arbeitsbedingungen der beobachteten Personengruppe unverändert blieben, so liegt es nahe, diese Schwankungen auf Witterungseinflüsse zurückzuführen, umso mehr, wenn die gleichen Witterungseinflüsse bei verschiedenen Arbeitergruppen gleichartige Leistungsschwankungen bewirken.

Huntingtons Beobachtungen erstreckten sich auf Fabrikarbeiter in verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten. So wurden zum Beispiel drei Betriebe in Connecticut beobachtet, die Metallwaren erzeugten. Die Arbeit selbst war vor-

wiegend gleichartig, beanspruchte aber doch Aufmerksamkeit und Handfertigkeit. Vier Jahre lang wurde der Witterungseinfluss auf die Arbeitsleistung kontrolliert. Dabei zeigte es sich, dass die Leistungskurve im Januar ihren tiefsten Punkt erreichte und dann allmählich bis zum Juni anstieg. Zwei Jahre zeigten ein starkes Sinken im Hochsommer; immer aber erreichte die Leistung ihren Höhepunkt gegen Ende Oktober, Anfang November. Auch in einer grossen Fabrik elektrotechnischer Artikel in Pittsburg wurde der Witterungseinfluss vier Jahre lang beobachtet. Die Jahresschwankungen waren hier die gleichen wie im oben erwähnten Ergebnis. Stets wies der Januar die kleinste, der Herbst die grösste Leistung auf. Bei zweitausend Zigarrenarbeitern in Tampa im Staate Florida zeigten die Sommermonate eine weitaus geringere Leistung als die Wintermonate. Die Sommerhitze ist hier bedeutend grösser als in allen übrigen Beobachtungsorten.

Interessante Resultate ergab auch die Untersuchung des Witterungseinflusses auf die geistige Arbeit. Zu diesem Zwecke wurden die Leistungen von Studenten an den Akademien in Amapolis und Westpoint beobachtet. Die Leistungskurven weisen hier zwei Höchstwerte, im Herbst und im Frühling, auf. In dem südlicher gelegenen Amapolis rücken die Maxima mehr gegen den Winter zu.

Sehr niedrige und sehr hohe Temperaturen sind demnach für die Arbeitsleistung durchaus ungünstig. Besonders Wärmegrade, die stark über 20 Grad Celsius hinausgehen, bewirken eine wesentliche Verminderung der Leistungsfähigkeit und Arbeitslust. Ferner zeigte sich, dass überdurchschnittliche Arbeitsleistungen hauptsächlich in Jahreszeiten mit wechselndem Wetter, in denen weder besondere Kälte noch Wärme auftritt, festzustellen sind. Auch bei Betrachtung kürzerer Zeitabschnitte trat die vorteilhafte Wirkung mässiger Temperaturen und von Temperaturschwankungen sinnfällig in Erscheinung. Die Leistung von Fabrikarbeitern war grösser bei langsamem Steigen oder Sinken der Temperatur. Daraus geht hervor, dass ein wechselndes Klima die günstigsten Bedingungen für intensive Arbeit schafft. Hingegen erwiesen sich unvermittelte Wärmeezunahme oder -abnahme immer als nachteilig. In Neuengland, wie überhaupt im Nordosten der Vereinigten Staaten, trägt das Wetter sehr wechselnden Charakter, im Gegensatze zum Süden, wo es sowohl im Sommer als auch im Winter wesentlich beständiger ist. Das erklärt die statistisch nachgewiesene Tatsache, dass die Arbeitsleistung im Norden der Vereinigten Staaten relativ grösser ist als im Süden. Die vorteilhafte Wirkung der Temperaturänderung auf die Leistungsfähigkeit ist vor allem auf der durch sie bewirkten rascheren Blutumlauf zurückzuführen, der günstige physiologische Wirkungen auf den Gesamtorganismus ausübt.

Dozent Ewald Schild (Wien).

Schnitzler, der Wiener.^x

(Zum 70. Geburtstag des Dichters am 15. Mai.)

SPD. Arthur Schnitzler war der Dichter der sterbenden "Kaiserstadt" nicht nur seinen Themen nach, sondern in seiner ganzen menschlichen und künstlerischen Wesensart. Als er im Oktober des vorigen Jahres starb, folgte er tatsächlich dem Gegenstande seines Sinnens und Schaffens ins Gewesens hinüber. In Wien liessen ja die Todesschauer des Staates, der an der Auseinandersetzung zwischen Feudalismus und Industrialismus und am Hader der Nationen unter fürchterlichen Krämpfen zugrunde ging, die Nerven aller feiner Empfindenden auf jeden Reiz leicht und schmerzlich reagieren, und zugleich liehen sie hier jeder Aussprache des Lebens einen Unterton heimlicher Trauer; die altererbte "Wiener Anmut" füllte sich mit der tiefen Melancholie des unaufhaltbaren Zerfalls. Schnitzler aber, nervös und feinhörig gleich allen überkultivierten, in ihrer elementaren Lebenskraft gebrochenen Juden, sah die Todeszuckungen der Altwiener Gesellschaft mit doppelter Schärfe. Er hörte schier ohne Unterlass das geheime

Grollen des nahen Endes, indes sich noch alles im leichten Tanzschritte zu bewegen, alles von Ueppigkeit und Fülle überzuquellen schien.

Diese Spannung zwischen Oberfläche und Kern bestimmte Schnitzlers Lebenswerk im grössten und im kleinsten. Immer wieder lauert hinter seinen Gestalten die so leicht und frei dahinzugleiten scheinen, der Tod. Immer wieder wird unter seinen Händen das Robuste und Wirkliche seltsam durchscheinend, als wären Menschen und Dinge nur noch Marionetten, gelenkt von einem unbegreiflichen, gleichgültigen Schicksal. So ist es in seiner ersten wehmütigen Novelle "Sterben", wo in der Szenenfolge des "Anatol", wo gesellschaftliche Belanglosigkeiten sich zum Gefühl des gähnenden, herzabfrierenden Nichts verdichten, so im Drama "Liebelei", dessen kleinbürgerliche Heldin am leeren Spiel des Bourgeoissöhnchens zerbricht. Wie dieses Geschehen unversehens, doch zwingend daher kommt, so ist auch die Sprache frei von jedem harten oder grellen Laut, mild, einschmeichelnd und doch voll heimlicher Kraft, ist die Psychologie voller Feinheiten und Tiefen, wie aus dem Handgelenk gegeben und doch von meisterlicher, unentrinnbarer Treffsicherheit.

Aber bei dieser noch individuellen Gestaltung des Gegenstandes "Wien und Österreich in ihrer Auflösung" ist Schnitzler nicht stehen geblieben. Er schritt im Drama "Freiwild", in der Novelle "Leutnant Gustl" und in den Szenen des "Reigen" zur überpersönlichen Formung des Themas weiter. Wenn der Leutnant, vor die Notwendigkeit eines Duells gestellt, sich in wimmernder, triebhafter Angst auflöst, wenn der Geschlechtstrieb sich in verbindendem Reigen von Mensch zu Mensch, von Paar zu Paar schlingt, so ist das mehr als Einzelgeschehen, so lebt uns hier die Gattung "moderner Mensch" etwas Typisches, allgemein Gültiges vor, das durch die Wiener Klangfarbe nur eine reizvolle Besonderheit erhält. Der gleiche Charakter eignet Schnitzlers stärkstem Drama, dem genialischen Revolutionsbilde "Der grüne Kakadu": wenn sich hier entnervte französische Adelige am Gasthausspiel einer Empörung berauschen, bis die Komödie unversehens in blutige Wirklichkeit umschlägt, so enthüllt sich vor uns ewiges Klassen- und Standeswesen, und der Dramatiker wird zum Deuter und Richter.

Erst mit dieser Fähigkeit hatte Schnitzler die Meisterhöhe erstiegen. Fortab waren in ihm der Seelenkünder, der in die tiefsten Abgründe des Unterbewussten, in die seltsamsten Verirrungen des Triebes mit Seherblick hinableuchtete, und der Maler des Menschentreibens in Familie und Gesellschaft unlösbar verbunden. Dieser zweifache Gehalt lässt uns über Werken wie den Dramen "Das weite Land", "Professor Bernhardt" und der Novelle "Fräulein Else" immer wieder in Nachsinnen verfallen; er erst macht, dass wir an diesen Dichtungen jedesmal, wenn wir sie zur Hand nehmen, neue Feinheiten, neue Einblicke entdecken. Man muss sich in Schnitzler vertiefen können, um in dieser leisen, zurückhaltenden Kunst das Herz unsrer Gegenwart pochen zu hören, aber es pocht in ihr: die abtretende Generation, die abtretende Klasse singt hier ihren Schwanengesang; einer, der zu ihr gehört, aber sie todesreif weiss, weil er sein Lebelang der Sterbemelodie Wiens lauschen musste, übergibt uns ihr Testament.

Alfred Kleinberg.

Pfingstgeist.

SPD. Pfingsten ist für uns heute eine Art zweites Frühlingsfest, ein Fest der Ausflüge und Wanderungen. Aber es hat doch auch eine starke geistige Bedeutung. Wilhelm von Humboldt schreibt in seinen Briefen an eine Freundin: Das Pfingstfest ist vor allen andern dem Gemüt erfreulich, erhebend, von allem Kleinlichen abwendend, zu grossen Hoffnungen anregend und in würdigen Entschlüssen befestigend. - Die Pfingstgeschichte erzählt in fantastischer Ausschmückung von der Ausgiessung des heiligen Geistes. Wie eine Versammlung

der christlichen Urgemeinde in Jerusalem über sich selbst hinaus gehoben wurde durch eine ganz besondere Begeisterung, ein wunderbares Erlebnis, wo alle in einer Art Verzückung gerieten, und wie der Apostel Petrus dieser Verzückung die richtige Erklärung gab, dass ein wunderbarer Tag gekommen sei, wo Menschen aus allerlei Volk sich als Leute einer Sprache und eines Geschlechtes, kurz als Brüder erkannten und liebten.

In den ersten Kapiteln der Bibel ist vom babylonischen Turmbau die Rede. Dass die Menschen einen hohen Turm bauen wollten, wird in der Bibel als Hochmut betrachtet und hat die Sprachenverwirrung zur Folge, als wenn die Leute durch eine einheitliche Sprache zu mächtig und übermütig geworden wären und deshalb die Sprachen von Gott verwirrt worden wären. Zweifellos wäre es von allergrösster Bedeutung, wenn die Menschheit eine gemeinsame Sprache hätte. Die verschiedenen Sprachen bringen die Menschen auseinander und trennen sie in verschiedene Völker. Sie richten die Grenzpfähle auf und verleiten die Völker dazu, sich abzusperren, sich in ihre Eigenart zu verbohren und die Gegensätze auszubauen. Durch die mühsame Handhabung der Sprache lernen die Menschen sich nicht kennen, sondern bleiben einander fremd und kalt. Die geografischen Grenzen bilden schon eine Kluft; aber manche Völker leben vermischt in demselben Lande und in denselben Grenzen und hassen doch einander. Selbst wenn man die fremden Sprachen lernt, so bleibt man sich doch mehr oder weniger fremd. Denn die weichen und einschmeichelnden Klänge der Muttersprache fehlen. Missverständnisse bleiben da nicht aus. Man erinnere sich nur an den § 231 (Kriegsschuldparagraph) des Versailler Vertrages, der durch eine falsche Uebersetzung die Feindschaft unter den Völkern noch verstärkt hat.

Da ist gewissermassen die Pfingstgeschichte die sinnbildliche Korrektur der Sprachenverwirrung. Die Kluft der Sprachen wird überbrückt, und die Leute lernen sich wieder verstehen, merken auf einmal, dass die Sprache keine Wand mehr ist, durch die man nichts hindurch hören kann, sondern dass die Sprache des Herzens durch die Ausserlichkeiten hindurch dringt, dass es auf den Gleichklang der Gemüter ankommt und nicht auf die gleiche Zunge und Kehle.

Schon mancher hat wohl einmal das Erlebnis gehabt, dass er mit einem Ausländer sich gut verstanden hat, auch wenn die Sprache nicht recht mit wollte. Bei der Musik sind wir es gewöhnt, dass sie die Herzen bewegt, auch wenn die gesungenen Sprachlaute sich nicht recht einfügen wollen. Sie ist international. Aber es gibt auch eine Musik der Empfindungen durch die Sprach hindurch, auch wenn diese wie ein Wagen auf holprigem Wege nicht vorwärts kommen kann.

Eine Weltsprache zu erfinden ist man deshalb immer bestrebt gewesen. Im Mittelalter hatte man dafür das Latein. Neuerdings kommen Esperanto und Ido auf. Ob diese Versuche gelingen werden, muss man abwarten. Ihre Anhänger versprechen sich die grössten Erfolge. Aber für uns Sozialisten sind nicht die Ausserlichkeiten die Hauptsache. Wir wollen vielmehr einen Gleichklang der Seelen zwischen Deutschen, Franzosen, Engländern, Italienern, Tschechen usw., genau wie die ersten Christen zwischen Juden, Parthern, Medern und Elamitern. Brüderlicher Geist soll herrschen zwischen uns, dass weder der Rhein noch die Vogesen noch die Nordsee noch die Alpen eine zufällige Grenze bilden. Jedes Volk hat seine Eigenart, seine Vorzüge und seine Schattenseiten in der europäischen Familie. Wenn die sich streiten und gegenseitig verkleinern und einander die Luft nicht gönnen, so ist das genau so töricht, als wenn der grosse Bruder den kleinern bevormunden und der musikalische den guten Zeichner verkleinern will. In einem melodienreichen Konzert hat jedes Instrument seine Berechtigung; nur muss es sich einfügen zur richtigen Harmonie.

Nun sind wir Sozialisten nicht ohne weiteres für ein Paneuropa. Der Kapitalismus ist auf Ausbeutung und Profitsucht aus. Kapitalistische Staaten gleichen Räubern, und diese halten nur Räuberfrieden. Wir wissen, dass sozialistische Staaten, die keine Ausbeutung kennen, in keine vernichtende Konkurrenz mit einander treten, sondern sich als gleichberechtigt ansehen und friedlichen Austausch mit einander treiben wollen. Hier gibt es eine Harmonie gleichge-

stimmter Völker, die sich die Erde untertan machen und alle Kräfte entbinden wollen zum Wohle aller Menschen. Da soll kein Volk hungern und keins Ueberfluss haben, sondern jedes soll mit der Eigenart seines Könnens und seiner Naturschätze den andern dienen. Pfingsten können wir so als Fest der Internationale betrachten. Hier wurde eine Art kleine internationale Gemeinde gegründet.

Freilich müssen wir dazu die Vorbedingung schaffen, indem wir der sozialistischen Bewegung in jedem Lande zum Siege verhelfen. Wer die Internationale will, der muss erst sein Land und sein Volk an die Spitze der sozialistischen Bewegung bringen. Jean Jaurès hat einmal gesagt: Nur der ist wahrhaft international, der sein Vaterland heiss und innig liebt. - Der Rückschlag der Preussenwahlen kann uns da in der Hoffnung auf unsern Endsieg nicht im geringsten irre machen.

Wir müssen daher bei uns die Arbeiterbewegung nur umso eifriger gross und mächtig machen. Dazu gehört auch, dass wir Sozialisten unter uns selbst brüderlichen Geist pflegen, damit wir nicht Andern predigen und selbst verwerflich werden. Damit es unter uns keine aufgestiegenen Genossen und keine Fabrikproleten gibt, dass der ärmste unter uns genau so angesehen und geachtet ist wie der Minister. Ja, der am meisten der Hilfe bedarf, das Sorgenkind, muss uns das Wichtigste und liebste sein. Der Gebildete muss sich lieber untenan setzen damit die weniger Begabten auch Luft und Licht erlangen.

Pfarrer Kötzschke (Prösen).

Mailied.^x

Alle Strassen führen froh ins Land hinaus.
Dunkle Gassen gibt es jetzt nicht mehr.
Und die Sonne streicht ein altes Mieterhaus.
Und die Fenster sind von Licht ganz schwer.

Draussen wartet schon ein grüner Wald.
Alle Schienen summen Weedendlieder.
Fluss und Teich und See sind nicht mehr kalt.
Alle stillen Winkel lächeln wieder.

Und man glaubt, dass es noch Wunder gibt.
Leichter sagen sich die Menschen du.
Wer noch traurig ist, geht hin und - liebt!
Alle Wege führen nun der Liebe zu.

K.R.Neubert.

SPD. Bernstein als Hilfsmittel der Medizin.^x In der Heilkunde ist es sehr oft, wie z.B. bei Blutübertragungen usw., dringend erforderlich, ein Gerinnen des Blutes so lange wie möglich zu verhindern. Professor Neubauer und Dr. Lampert gelang nun bei Untersuchungen im Forschungslaboratorium der Bernsteinwerke in Königsberg die wertvolle Feststellung, dass der Bernstein hemmend auf die Gerinnung des Blutes wirkt. Man erklärt sich diese bedeutsame Tatsache aus der geringen Benetzbarkeit des fossilen Harzes. Man hat sich diese ausserordentliche Wirkung bereits zunutze gemacht und verschiedentlich ärztliche Geräte, die mit Blut in Berührung kommen und deshalb möglichst gerinnungshemmend wirken müssen, aus Press-Bernstein hergestellt.

Deutscher Reichstag

61. Sitzung vom 9. Mai, 3 Uhr nachmittags.

SPD. Die Dienstag-Sitzung des Reichstags eröffnete Präsident Löbe mit Nachrufen auf die Abgg. Riesser (VP), Jörrissen (WP) und Limbertz (Soz). Der Präsident hat Beileidstelegramme anlässlich des Anschlags auf den französischen Staatspräsidenten an den Präsidenten der französischen Kammer in Paris und zum Tode Albert Thomas an das Internationale Arbeitsamt in Genf gerichtet.

Die Finanzvorlagen, mit denen die politische Debatte und die dazu gestellten Anträge verbunden sind, begründet

Reichsfinanzminister Dietrich,

der die Kassen- und Etatsaussichten darlegt: Die schwebende Schuldenlast von 1795 Millionen Mark ist für ein 64-Millionen-Reich nicht übermässig. Die Schulden des Reichs sind vollständig die Folgen von Krieg, Inflation und Entschädigung. Unverantwortlich ist es, Gerüchte auszustreuen, als ob das Reich besonders schlecht gewirtschaftet hätte, und als sei seine Finanzlage hoffnungslos. Die Kreditermächtigung ist erforderlich infolge der Notverordnungen, um die Kreditpolitik fortzusetzen. Als der Minister untersucht, ob Kreditermächtigung durch Notverordnung verfassungsmässig ist, unterbricht ihn Dr. Frick (NS), der sich besonders für die Verfassung ereifert! Immerhin haben die Bedenken der Reichsschuldenverwaltung uns veranlasst, die Kreditermächtigung Ihrer Genehmigung zu unterbreiten. - Der Minister berichtet dann über die Bankensanierung. 1259 Millionen Mark beträgt zur Zeit die Garantiesumme, Zum Schluss begründet der Minister die Vorlage auf Bewilligung der Prämienanleihe zur Arbeitsbeschaffung.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz):

Die Auffassung der Reichsschuldenverwaltung gegen die Zulässigkeit einer Kreditermächtigung durch Notverordnung erscheint mir nicht so ganz belanglos, auch wenn ich die Motive dieser Auffassung nicht untersuche. (Sehr gut! links) Man kann im Haushaltsausschuss darüber und auch über die Prämienanleihe beraten, allerdings dürfte deren Verabschiedung in der jetzigen kurzen Tagung dadurch nicht verhindert werden. Wir bedauern, dass der Etat nicht schon jetzt fertig ist. Es wäre trotz aller Schwierigkeiten möglich gewesen, das Tempo zu beschleunigen. Bei der notwendigen Einschränkung der Ausgaben hoffen wir, dass sie nur dort erfolgt, wo sie am notwendigsten ist, wo sie gleichzeitig für die Gesamtwirtschaft am wirksamsten ist und wo sie die Entbehrungen der unter der schwersten Not leidenden Volksteile nicht noch weiter steigert. Die Kosten infolge der Arbeitslosigkeit haben 1930 schon 3 Milliarden, im Jahre darauf 3,3 Milliarden und werden in diesem Jahr mindestens 3,5 Milliarden betragen. Die Politik der Ausgaben senkung und Einnahmehöherung lastet ausserordentlich schwer auf den arbeitenden Klassen, verhindert aber auch diesmal den Fehlbetrag nicht. Die Steuereinnahmen sind um 385 Millionen hinter den schon berichtigten Voranschlägen zurückgeblieben. Dazu kommen die Ausgaben für Sanierung der Banken und Genossenschaften, für die Winterhilfe usw., so dass ein Gesamtdefizit von über 3/4 Milliarden entsteht. Der Fehlbetrag war im Vorjahr nur auszugleichen durch erhöhte Einnahmen aus der Münzprägung und durch die Aufnahme neuer Schulden ungefähr in dem gleichen Betrage, wie die alten Schulden abgetragen wurden. Da diese Entwicklung andauert, betonen wir, dass die Lösung dieser Probleme nicht gegen, sondern durch das Parlament anzustreben ist. Eine Erleichterung wird vielleicht dadurch geschaffen, dass mehr Einnahmen aus der erhöhten Umsatzsteuer und aus grösseren Gehaltersparnissen zu erwarten sind. Die Balancierung des Etats ist nur unter zwei Voraussetzungen möglich, dass 1. keinerlei Reparationszahlungen eingesetzt werden und dass die Sanierung der Arbeitslosenunterstützung und der durch sie in

höchste Bedrängnis geratenen Gemeindefinanzen ausserhalb des Reichshaushaltes gefunden wird. Von den 3,5 Milliarden Kosten für Arbeitslosenunterstützung werden etwa 1,5 Milliarden durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gedeckt, die sich finanziell selbst trägt. Die Lasten der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsunterstützung fallen je länger je mehr den Gemeinden zur Last, die mit einem Defizit von 750 Millionen zu rechnen haben. (Hört! Hört!) Bei der unaufschiebbaren Regelung dieser Schwierigkeiten darf kein weiterer Abbau der Unterstützungsdauer erfolgen, zumal nicht mehr als höchstens 50 Mark monatlich gezahlt werden, und es darf keine Rede sein von einer Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung. Dies würde den ersten entscheidenden Eingriff in die deutsche Sozialversicherung bedeuten, wogegen wir uns zur Wehr setzen würden.

Es gibt keine andere Möglichkeit als die, neue Einnahmen zu beschaffen. Die Regierung scheint eine Notabgabe zu planen. Dagegen bestehen zwei wesentliche Bedenken, dass nämlich ein weiterer Abbau erfolgen würde, wenn sich die finanzielle Grundlage als unzureichend erweisen sollte, und dass die Mehrbelastung der Arbeiter und Unternehmer nur solange geübt werden könnte, als durch Arbeitstreckung den Arbeitern ohnedies schon neue Opfer auferlegt worden sind. Jedenfalls dürfte die Notabgabe an der Erfassung der bisher nicht herangezogenen Landwirtschaft und sonstiger begünstigten Schichten nicht vorübergehen. Denn sie alle haben das stärkste Interesse daran, dass das Los der Arbeitslosen nicht weiter verschlechtert und ihre Kaufkraft nicht noch mehr herabgedrückt wird. (Lebh. Zustimmung.) Wir haben alle nicht das Recht, die Hände fatalistisch in den Schoss zu legen, sondern die Pflicht, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um den ungeheuren Druck, der auf dem Deutschen Volke lastet, zu erleichtern. Gewiss ist es skrupellose Demagogie, zu behaupten, dass die Revolution, die Republik, die Demokratie und alles, was die Herren Nationalsozialisten das "System" zu nennen belieben, "allein" am deutschen Unglück schuld wären. Es ist politischer Wahnwitz, zu behaupten, dass die Vertreter dieses sogenannten Systems im Jahre 1918 ein geordnetes und grosses Reich übernommen hätten, und dass dieses durch die Novemberverbrecher zerstört worden sei. So etwas kann man nur Menschen erzählen, die das Jahr 1918 noch nicht denkend miterlebt haben, oder die es in bewusster Absicht vergessen haben. Viele von Ihnen (zu den NS) sassen nicht in diesem Saale, wenn die "Novemberverbrecher" nicht den Jugendlichen das Wahlrecht gebracht hätten! (Sehr gut! links) Die "Novemberverbrecher" haben das Koalitionsrecht der Landarbeiter gesichert, sie haben die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, sie haben mit ein Wort damals Deutschland vor dem Chaos gerettet. Wenn das Verbrechen sind, so sind wir stolz darauf. (Beifall und Händeklatschen der Soz. - Gegenrufe der Kom.)

Den internationalen Charakter der Krise kann niemand bestreiten. Sie hat nicht Halt gemacht vor irgend einer Staatsform (Goebbels! "Nicht einmal vor der Sozialdemokratie!" - Mitleidiges Lachen links), auch nicht vor den Faschisten in Italien, nicht vor dem kapitalistischen Amerika. (Zuruf der Kom.: Nur vor Russland) Auch nicht vor Russland, denn die Statistik zeigt, wieviel geringer die russischen Staatseinnahmen durch Ausfuhr infolge der gesunkenen Preise sind. Da die Krise international ist, wäre es verkehrt, an die Möglichkeit einer nur nationalen Lösung zu glauben, wohl aber ist für ihre Lösung internationale Verständigung unentbehrlich, und selbstverständlich muss in jedem Lande alles geschehen, um das Elend zu mildern. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, dass eine Politik der Stabilität und Kontinuität getrieben, und dass mit der Bürgerkriegsatmosphäre ein Ende gemacht wird. Wenn eine Partei damit droht, sich den Weg zur Macht mit Gewalt zu bahnen, dass sie nach ihrer Machtergreifung dafür sorgen werde, dass 10 000 ihrer Gegner zu Schaden kommen, dass dann die langen Messer in der Freinacht angewendet

werden, (Huhu-Rufe rechts. - Gregor Strasser: Sie verstehen auch gar keinen Spass!) so ist das deutlich. (Frick behauptet, nur gemeint zu haben, dass 10 000 Republikaner ihre Stelle verlieren würden.) Wenn Sie das gemeint hätten, dann hätten Sie nicht gesagt zu Schaden kommen. Ihr Publikum hat Sie jedenfalls anders verstanden. Wenn eine militärisch aufgezoogene Privatarmee eines einzelnen Parteführers besteht, so wird dadurch Panikstimmung erzeugt und verstärkt, die einen Wiederaufbau der Wirtschaft unmöglich macht. Es zeugt von der Einsichtslosigkeit der sogenannten Wirtschaftsführer, wenn sie eine solche Bewegung moralisch und finanziell weiter unterstützen. (Lebh.Zustimmung links und in der Mitte.)

Das Verbot der SA und SS haben wir für dringend notwendig gehalten. (Zurufe rechts: Reichsbanner) Das Reichsbanner hat niemals auf den Tod der Grossmutter gewartet, wie Sie. (Grosse Heiterkeit) Das Reichsbanner hat keinen anderen Wunsch, als dass die politischen Auseinandersetzungen auf dem Boden der Verfassung gepflogen werden, das Reichsbanner ist nicht gegen den Staat, sondern hat diesen Staat beschützt und beschirmt. (Lebh.Beifall links und in der Mitte.)

Wenn die Regierung aber für die Wiederherstellung des inneren Friedens sorgen will, dann sollte sie sich mehr als bisher mit der Rechtsprechung in Deutschland befassen, die für die Verfassungstreuen kaum mehr verständlich ist. Die Richter der Republik, die auf die Verfassung ihren Eid geleistet haben (Lachen der Kommunisten), haben die Pflicht, Verfassung und Republik besser zu schützen, als bisher. (Lebh.Zustimmung links und in der Mitte) Die Parteien der Rechten erklären immer, ihre Herrschaft werde die Stabilität der Wirtschaft sichern. Die Nationalsozialisten nennen sich selbst und ihren Führer "Retter der Nation", sogar als die sittlichen Erneuerer des Deutschen Volkes, wagen sie sich auszugeben. (Heiterkeit). Wenn sie sich als die stärkste Partei in Deutschland bezeichnen, so dürfen sie das nach den jüngsten Wahlen. Aber diese Tatsache bedeutet noch keinerlei Rechtstitel auf Regierungsübernahme oder Teilnahme. Die Sozialdemokratische Partei ist sehr lange die stärkste Partei gewesen, aber hat durchaus nicht immer die Regierung geführt oder ist an ihr beteiligt gewesen. Sie (nach rechts) verfügen nicht über die Mehrheit des Deutschen Volkes und der deutschen Wähler. Und wenn die übrigen Parteien mit Ihrer Politik nicht einverstanden sind oder von Ihrer Regierungsübernahme Schädigungen der Allgemeinheit befürchten, dann haben sie sich zum Schutz des Staates und seiner Verfassung zusammenzuschliessen, um eine derartige Regierung zu verhindern. Es ist zu prüfen, ob Ihr Programm und Ihre Ziele danach angetan sind, die Hoffnung auf Stabilität und Besserung der politischen und besonders der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorzurufen. Bei dieser Untersuchung aber stossen wir immerzu auf Widersinn und Widersprüche. Sie möchten in Preussen mit dem Zentrum regieren, das vor wenigen Monaten in einer Broschüre eines Dr. Stark aus Ihrem Parteiverlag als antinationale Partei bezeichnet wurde, die Deutschland an Frankreich und Polen verkauft. (Hört! Hört! links und im Zentrum) Sie wollen die Diktatur, warum appellieren Sie dann immer wieder an die Massen, die Ihnen zur Diktatur verhelfen sollen? Ich glaube, eine Diktatur muss aus sich selbst geboren werden. (Göring: Wir sind legal, wir sind legal!) Ob die Massen bereit sein werden, sich als Sprungbrett für diese diktatorischen Gelüste herzugeben, dieselben Massen, denen Sie so oft Ihre Verehrung zum Ausdruck bringen? (Sehr gut! links) Wollen Sie die Monarchie oder die Republik? Sie drücken sich um diese Frage, indem Sie Entscheidung durch eine Volksabstimmung fordern. Vielleicht wollen Sie nicht von vornherein durch ein Bekenntnis zur Republik Herrn Auwi vor den Kopf stossen, (Heiterkeit) vielleicht aber auch durch ein monarchistisches Bekenntnis Hitlers künftige Existenz in Gefahr bringen! (Sehr gut! links und in der Mitte) Im Gegensatz zu

Ihrem stets betonten Antisemitismus hat Hitler am 5. Juni 1930 dem "New York American" erklärt, er werde nicht die Juden unter ein anderes Recht als die übrigen Staatsbürger stellen. (Zurufe der Nazis suchen die Echtheit dieser Erklärung zu bestreiten). Aber sie ist noch mit einem eigens angefertigten Bild Hitlers versehen!

In der Aussenpolitik sind Sie ausgezogen unter der Parole "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" und als Kämpfer gegen den Youngplan. Als aber die Kommunisten den verrückten Antrag stellten, die Youngzahlungen sofort einzustellen, da haben Sie sich im Ausschuss und im Plenum drei mal von der Abstimmung gedrückt. Goebbels hat erklärt, wenn Sie zur Macht kommen, werde Deutschland Frankreich die Hand reichen, und Hitler hat nach der Reichstagswahl einem der schärfsten französischen Kriegshetzer Gustave Hervé die Hand gereicht und erklärt, er sei für freundschaftliche Verständigung. In seinem Offenen Brief an den Reichskanzler im Oktober v. J. hat Hitler gesagt, man müsse die Grenzen, wie sie sind, als gegebene Tatsache anerkennen. (Hört Hört!) Ihren Anhängern aber haben Sie eingeredet, dass Sie den Versailler Frieden zerbrechen werden. Am Abend vor der Präsidentenwahl hat Hitler dem Amerikanischen Journalisten Knickerbocker gesagt, er wisse sehr wohl, dass Deutschland nicht in der Lage ist, den Versailler Vertrag zu zerreißen, sondern dass eine neue internationale Konferenz einzuberufen sei. Uns aber beschuldigen Sie des Landesverrats. In dem Augenblick, wo Hitler amerikanisch redet, hat er eine ganz andere Tendenz, als wenn er deutsch spricht. Wenn Sie an die Macht kommen und die Aussenpolitik führen, dann habe ich nur eine Furcht: Sie werden dem Ausland viel weitergehende Zugeständnisse machen, als wir, um sich mit dem internationalen Kapitalismus zum gemeinsamen Kampf gegen die deutsche Arbeiterschaft zu einigen. (Lebh. Zustimmung links. - Zuruf äusserst rechts: "Das klingt ja ganz russisch!")

Frick hat bereits 1929 in einer Versammlung gesagt: "Gott sei Dank, dass wir kein Wirtschaftsprogramm haben!" (Hört! Hört!) Wer kein Wirtschaftsprogramm hat, kann eben allen Schichten alles versprechen, ohne fürchten zu müssen, überführt zu werden. In Ihrem Programm steht als Forderung die Verstaatlichung der schon vergesellschafteten Betriebe. Ich zahle jedem einen Taler, der mir sagen kann, was das ist. (Heiterkeit) Dazu kommt der wahnwitzige Gedanke der Autarkie. Wenn wir uns gegen jede Einfuhr sperren, können wir auch nichts exportieren. Woher wollen Sie dann das Geld nehmen, um nach Hitlers Erklärung die Privatschulden an das Ausland weiterzuzahlen?! (Sehr gut! links und in der Mitte. - Feder: Reichlich naiv!) Endlich einmal eine Selbsterkenntnis! (Heiterkeit).

Von Ihrem Sozialismus hat ja einer von Ihnen einmal gesagt, davor brauche niemand Angst zu haben. Indem Sie den Grundsatz aufstellen, dass der Staat das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützen müsse, verneinten Sie das Grundprinzip des Sozialismus. Der Eine von Ihnen sagt, die Gewerkschaften sollen erhalten werden, die Anderen aber, wie die nationalsozialistische "Volksparole" in Düsseldorf, erklären, dass es im Dritten Reich keinerlei Tarifverträge mehr geben werde.

Zu all' dem kommen noch die Erklärungen Hitlers und von der Goltz', dass Sie im Falle eines feindlichen Angriffs auf die Grenze Ihre Truppen solange zurückziehen werden, bis das regierende System beseitigt ist. (Geschrei rechts wörtliche Verlesung wird verlangt, die der Redner auch besorgt.)

Die bürgerlichen Mittelparteien haben dem Nationalsozialismus solange geschmeichelt, bis ihre Anhänger sich sagten, dann könnten sie ja vollends hinüberwechseln. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Der Hauptgrund für das Anwachsen der Hitlerpartei ist die furchtbare Verzweiflung infolge der Wirtschaftsnot. 6 Millionen Arbeitslose, darunter Hunderttausende, die schon seit

Ihrem stets betonten Antisemitismus hat Hitler am 5. Juni 1930 dem "New York American" erklärt, er werde nicht die Juden unter ein anderes Recht als die übrigen Staatsbürger stellen. (Zurufe der Nazis suchen die Echtheit dieser Erklärung zu bestreiten). Aber sie ist noch mit einem eigens angefertigten Bild Hitlers versehen!

In der Aussenpolitik sind Sie ausgezogen unter der Parole "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" und als Kämpfer gegen den Youngplan. Als aber die Kommunisten den verrückten Antrag stellten, die Youngzahlungen sofort einzustellen, da haben Sie sich im Ausschuss und im Plenum drei mal von der Abstimmung gedrückt. Goebbels hat erklärt, wenn Sie zur Macht kommen, werde Deutschland Frankreich die Hand reichen, und Hitler hat nach der Reichstagswahl einem der schärfsten französischen Kriegshetzer Gustave Hervé die Hand gereicht und erklärt, er sei für freundschaftliche Verständigung. In seinem Offenen Brief an den Reichskanzler im Oktober v. J. hat Hitler gesagt, man müsse die Grenzen, wie sie sind, als gegebene Tatsache anerkennen. (Hört Hört!) Ihren Anhängern aber haben Sie eingeredet, dass Sie den Versailler Frieden zerbrechen werden. Am Abend vor der Präsidentenwahl hat Hitler dem Amerikanischen Journalisten Knickerbocker gesagt, er wisse sehr wohl, dass Deutschland nicht in der Lage ist, den Versailler Vertrag zu zerreißen, sondern dass eine neue internationale Konferenz einzuberufen sei. Uns aber beschuldigen Sie des Landesverrats. In dem Augenblick, wo Hitler amerikanisch redet, hat er eine ganz andere Tendenz, als wenn er deutsch spricht. Wenn Sie an die Macht kommen und die Aussenpolitik führen, dann habe ich nur eine Furcht: Sie werden dem Ausland viel weitergehende Zugeständnisse machen, als wir, um sich mit dem internationalen Kapitalismus zum gemeinsamen Kampf gegen die deutsche Arbeiterschaft zu einigen. (Lebh. Zustimmung links. - Zuruf äusserst rechts: "Was klingt ja ganz russisch!")

Frick hat bereits 1929 in einer Versammlung gesagt: "Gott sei Dank, dass wir kein Wirtschaftsprogramm haben!" (Hört! Hört!) Wer kein Wirtschaftsprogramm hat, kann eben allen Schichten alles versprechen, ohne fürchten zu müssen, überführt zu werden. In Ihrem Programm steht als Forderung die Verstaatlichung der schon vergesellschafteten Betriebe. Ich zahle jedem einen Taler, der mir sagen kann, was das ist. (Heiterkeit) Dazu kommt der wahnwitzige Gedanke der Autarkie. Wenn wir uns gegen jede Einfuhr sperren, können wir auch nichts exportieren. Woher wollen Sie dann das Geld nehmen, um nach Hitlers Erklärung die Privatschulden an das Ausland weiterzuzahlen?! (Sehr gut! links und in der Mitte. - Feder: Reichlich naiv!) Endlich einmal eine Selbsterkenntnis! (Heiterkeit).

Von Ihrem Sozialismus hat ja einer von Ihnen einmal gesagt, davor brauche niemand Angst zu haben. Indem Sie den Grundsatz aufstellen, dass der Staat das Privateigentum an den Produktionsmitteln schützen müsse, verneinten Sie das Grundprinzip des Sozialismus. Der Eine von Ihnen sagt, die Gewerkschaften sollen erhalten werden, die Anderen aber, wie die nationalsozialistische "Volksparole" in Düsseldorf, erklären, dass es im Dritten Reich keinerlei Tarifverträge mehr geben werde.

Zu all' dem kommen noch die Erklärungen Hitlers und von der Goltz', dass Sie im Falle eines feindlichen Angriffs auf die Grenze Ihre Truppen solange zurückziehen werden, bis das regierende System beseitigt ist. (Geschrei rechts wörtliche Verlesung wird verlangt, die der Redner auch besorgt.)

Die bürgerlichen Mittelparteien haben dem Nationalsozialismus solange geschmeichelt, bis ihre Anhänger sich sagten, dann könnten sie ja vollends hinüberwechseln. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Der Hauptgrund für das Anwachsen der Hitlerpartei ist die furchtbare Verzweiflung infolge der Wirtschaftsnot. 6 Millionen Arbeitslose, darunter Hunderttausende, die schon seit

Jahren ausgesteuert sind und zahlreiche Jugendliche, die seit der Schulentlassung die Arbeit nicht kennen gelernt haben. Da hört der Mensch auf, widerstandsfähig zu sein gegen Demagogie, da wendet er sich der Unvernunft und Illusionen zu. Ganz ähnlich wie die Wiedertäufer im Mittelalter das Himmelreich kommen sahen, so die Verzweifelten heute das Dritte Reich. Was helfen kann, das haben wir durch unsere Anträge gezeigt. An die Massen, die treu und fest zur Demokratie und zur Verfassung stehen, die darum auch Hindenburg gewählt haben, an die sollte sich die Regierung halten. Wir Sozialdemokraten halten an unserem Grundsatz fest, dass die Religion Privatsache sein soll. Wir verwerfen alle Hebertreibungen, fürchten aber, dass, was an dieser Bewegung berechtigt ist, durch das Verbot nur zur Ausschreitungen gesteigert wird. Geistige Bewegungen dämmt man nicht durch Notverordnungen. (Lebhafte Rufe der NS.: "S.A.!") Sie werden doch nicht die S.A. eine geistige Bewegung nennen wollen? (Grosse Heiterkeit und lebhaft Zustimmung links und in der Mitte.)

Für die vor allem notwendige Wiederherstellung des internationalen Vertrauens und die deutsch-französische Verständigung gibt der erfreuliche Wahlausgang in Frankreich ein gutes Anzeichen. Die Verwirklichung der Versailler Bestimmungen wünschen wir in einem Punkte, nämlich in der Abrüstung. Das Hauptziel der Aussenpolitik bleibt für uns die internationale Verständigung, und das wir die anderen überzeugen davon, dass wir nicht mehr zu leisten vermögen, was sie uns auferlegt haben.

Es muss alles geschehen, was in der Kraft des Parlaments und der Regierung liegt, um Arbeit zu beschaffen. Darauf hat die Arbeiterschaft, die auch in ihrer schwersten Not den Staat verteidigt hat, ein volles Recht. (Zuruf rechts: Sie haben doch im Lustgarten gesagt, dass sei nicht Ihr Staat). Gewiss, weil es ein kapitalistischer Staat ist, aber wir sichern seine Fundamente, um auf ihnen den Sozialismus zu bauen - Sie dagegen wollen die Fundamente zerstören.

Der Kapitalismus wehrt sich gegen die 40-Stunden-Woche und gegen andere Eingriffe des Staates, die mit dem wirtschaftlichen Liberalismus unvereinbar seien. Der aber gehört der Geschichte an, und eine Wirtschaft, die sich auf Schritt und Tritt vom Staat subventionieren lässt, hat nicht das Recht, sich zum Herren des Staates aufzuwerfen. Unter Freiheit der Wirtschaft meint man die Freiheit der Ausbeutung. Der Kapitalismus aber ist mit seiner Weisheit zu Ende. Neue Wirtschaftsformen müssen geschaffen werden. Wir sagen nicht wie Sie (nach rechts) zurück zu der rückschrittlichen Romantik eines Ständestaates, sondern vorwärts zum Sozialismus". (Lebh. anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. Schneller (Komm.) spricht zuerst gegen die Sozialdemokratie, dann über deutsche Beteiligung an dem angeblichen Aufmarsch gegen die Sowjet-Union und schliesslich gegen das Verbot der Gottlosenbewegung.

Abg. Reinhard (NS.) wiederholt frühere Ausführungen, dass die Kreditaufnahme der Reichsregierung verfassungswidrig und verfehlt sei. Er kündigt einen Antrag auf Ministeranklage an.

Um 18½ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 11 Uhr.
